



Parlament
Österreich

Untersuchungsausschuss

betreffend Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von
Milliardären durch ÖVP-Regierungsmitglieder
(Cofag-Untersuchungsausschuss)

Stenographisches Protokoll

7. Sitzung/medienöffentlich

Mittwoch, 3. April 2024

XXVII. Gesetzgebungsperiode

Gesamtdauer der 7. Sitzung

10.06 Uhr – 19.20 Uhr

Erwin Schrödinger – Lokal 1

www.parlament.gv.at



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 2

Befragung der Auskunftsperson Paul Deutschmann, BA

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Dann darf ich über Ersuchen des Herrn Vorsitzenden die Auskunftsperson, Herrn Paul Deutschmann, BA, und seine Vertrauensperson, Herrn Mag. Michael Mössler, herzlich begrüßen. Ich habe hier zwei Personaldatenblätter von Ihnen, und ich gehe davon aus, dass die natürlich der Richtigkeit entsprechen.

Herr Deutschmann, ich darf Ihnen folgende Belehrung betreffend Ihrer Anhörung vor dem Untersuchungsausschuss zur Kenntnis bringen.

Sie werden vor dem Untersuchungsausschuss betreffend Vorwürfe einer Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-Regierungsmitglieder als Auskunftsperson zu den Themen Cofag, Informationsweitergabe und Interventionen, Kooperationen staatsnaher Unternehmen und Staatliche Aufsicht angehört.

Sie haben mit der Ladung eine schriftliche Belehrung über Ihre Rechte und Pflichten als Auskunftsperson erhalten und ich weise Sie auf diese schriftliche Belehrung hin. Sie sind verpflichtet, die an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss kann gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden.

Es besteht vor dem Untersuchungsausschuss kein generelles Recht zur Aussageverweigerung. Die Aussageverweigerungsgründe konnten Sie der mit der Ladung zugestellten schriftlichen Belehrung entnehmen. Die Gründe für eine Aussageverweigerung sind anzugeben und wären über Verlangen glaubhaft zu machen.

Auch weise ich Sie auf die bereits schriftlich mitgeteilte Geheimhaltungspflicht nach dem Informationsordnungsgesetz hinsichtlich klassifizierter Informationen hin. Dies gilt auch noch nach Beendigung der Befragung.

Dem Untersuchungsausschuss vorgelegte Akten und Unterlagen dürfen nicht veröffentlicht werden. Heute vorgelegte Unterlagen dürfen weder von Ihnen noch von Ihrer



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 3

Vertrauensperson an sich genommen werden. Weder Sie noch Ihre Vertrauensperson dürfen davon Kopien, Notizen oder Auszüge anfertigen.

Sie sind berechtigt, Beweisstücke vorzulegen, die Zulässigkeit an Sie gerichteter Fragen zu bestreiten und den Ausschluss der Öffentlichkeit jederzeit zu beantragen.

Dann darf ich mit einer Belehrung der Vertrauensperson, Herrn Mag. Mössler, fortfahren.

Ich belehre auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage, auch eine allfällige Mittäterschaft an einer vorsätzlich falschen Aussage vor dem Untersuchungsausschuss kann gemäß § 288 Abs. 3 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.

Auch für Sie gilt das Informationsordnungsgesetz. Die Auskunftsperson kann Sie als Vertrauensperson jederzeit um Rat fragen, und Sie können sich mit der Auskunftsperson ohne zeitliche Beschränkung beraten. Die Auskunftsperson darf dabei jedoch nicht an der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflusst oder gar gehindert werden. Sie selbst sind jedoch nicht berechtigt das Wort im Untersuchungsausschuss zu ergreifen.

Bei Verletzung der Verfahrensordnung oder Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson steht es Ihnen frei, sich unmittelbar an mich als Verfahrensrichterin oder an die Frau Verfahrensanwältin zu wenden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Vielen Dank, Frau Verfahrensrichterin.

Herr Deutschmann, Sie haben das Recht, eine **einleitende Stellungnahme** abzugeben, die 20 Minuten nicht überschreiten soll. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (Auskunftsperson **Deutschmann:** Kurz!) – Dann darf ich Sie dazu einladen. Bitte schön.

Paul Deutschmann, BA: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Verfahrensrichterin! Sehr geehrte Frau Verfahrensanwältin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich kurz vorstellen: Mein Name ist Paul Deutschmann. Ich bin seit



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 4

1989 in der Finanzverwaltung tätig und seit 1992 in der Großbetriebsprüfung als Prüfer tätig. Aktuell bin ich im Branchenteam 72 am Standort Innsbruck beschäftigt. – Danke schön.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Besten Dank. Das war eine sehr kompakte erste Stellungnahme. *(Allgemeine Heiterkeit.)*

Ich ersuche nun die Frau Verfahrensrichterin, die ***Erstbefragung*** durchzuführen. – Bitte schön.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Herr Deutschmann, jetzt haben wir gerade von Ihrer Vorgesetzten ein Schreiben vorgelegt bekommen. Ich nehme an, dass wir das nachher noch besprechen werden oder dass es zu einer Erörterung kommen wird.

Ich beginne daher jetzt einmal mit einer ganz unverfänglichen – oder zumindest mit einer in Bezug auf das Schreiben unverfänglichen – Frage. Ist Ihnen bekannt - - Besser gesagt, ich beginne mit einer anderen Einleitung.

Sie wissen ja offenbar relativ viel über das Signa-Unternehmenskonstrukt. Sie waren mit einigen Prüfungen im Rahmen der Signa und des Signa-Verbunds beschäftigt und werden daher einige Auskünfte dazu geben können. Wie gesagt, meine erste Frage ist: Wissen Sie, ob in unserem Untersuchungszeitraum oder kurz davor – oder wann, das geht von 2018 bis 2023 – Herr René Benko noch Begünstigter der Laura Privatstiftung gewesen ist?

Vielleicht lege ich Ihnen dazu ein Dokument vor. Wir haben eines vorbereitet, 4167. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)* Das ist ein E-Mail, das ein Herr H. W.¹ geschrieben hat, Sie sind in cc. Das E-Mail stammt aus dem Jahr 2018, 9. Oktober, und da steht: „Im Zusammenhang mit der Prüfung der ‚Laura Privatstiftung‘“ – Klammer – „(Begünstigter ua“ – unter anderem – „Rene Benko)“.

Kann man davon ausgehen, dass das sozusagen eine zu diesem Zeitpunkt – 2018 – aktuelle Information auf Basis der dem Finanzamt zur Verfügung stehenden Informationen gewesen ist, oder können Sie das nicht so bestätigen?

¹ **Angenommene Einwendung der Auskunftsperson:** Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen. Der Klarnamen wird im gesamten Befragungsprotokoll mit H. W. anonymisiert.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 5

Paul Deutschmann, BA: Also ich kann das jetzt nicht – nach meiner Erinnerung – in vollem Umfang bestätigen. Das E-Mail ist mir erinnerlich. Das hat folgenden Grund: Kollege H. W. und ich wurden beauftragt, Signa-Fälle zu prüfen – die von den Kollegen aus Wien, die mit der Prüfung beauftragt waren, aber die Prüfungen zum Teil noch nicht durchgeführt haben. Wir sind dann – Kollege H. W. und ich – beauftragt worden, diese – es sind, glaube ich, 24 Fälle gewesen – zu übernehmen und zu prüfen.

Wir haben dann sozusagen aufgrund des Umfangs – wir müssen ja noch andere Prüfungen durchführen, nicht nur diese, aber diese waren vordringlich zu machen – vereinbart, dass wir zwar beide auf dem Prüfungsauftrag draufstehen, aber uns intern diese Prüfungen aufteilen. Das waren, glaube ich - - Ich habe zehn Prüfungen übernommen, Kollege H. W. 14, aber die genaue Zahl kann ich jetzt nicht mehr bestätigen.

Eine der Prüfungen davon war die Laura Privatstiftung, die Kollege H. W. durchgeführt hat. Ich war nur – sozusagen deshalb auch nur – in cc: Die Vorgabe war so, dass ich auch informiert werde, wenn es irgendwelche wichtigen Informationen wären, aber die Prüfungshandlungen selber hat Kollege H. W. selbst durchgeführt.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Okay. Das heißt, dieses E-Mail, in dem Herr René Benko 2018 als Begünstigter der Laura Privatstiftung bezeichnet worden ist, ist also von dem damals zuständigen und mit der Prüfung beauftragten Prüfer verfasst worden.

Paul Deutschmann, BA: Genau, das kann ich betätigen.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Vielen Dank. Wenn Sie sagen, Sie haben zehn Unternehmen der Signa geprüft: Sie wissen ja vielleicht schon aus den Medien, welche uns hier im Untersuchungsausschuss besonders interessieren. Mit welchen dieser – ohne dass man jetzt schon näher darauf eingeht – waren Sie befasst?

Paul Deutschmann, BA: Das war eine Steuergruppe, die Signa Funds Holding, kann ich mich erinnern: Da war der Gruppenträger, die Signa Funds Holding, und einige Gruppenmitglieder – und Gruppenmitglieder auch der Signa Holding GmbH.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 6

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Es gibt ein Dokument – ich kann es Ihnen gerne vorlegen –, es stammt von Ihnen selbst. Wenn Sie es sehen wollen, können wir es Ihnen geben, ansonsten muss es vielleicht nicht sein – oder ja, gerne. Das ist 19790.

Da haben Sie Prüfungsfeststellungen betreffend das Chalet N, verfasst am 12. Juli 2022. Ich hätte Sie gerne ersucht, dass Sie uns – allgemein verständlich – die Grundlagen, die zu diesen Feststellungen – - oder diesen Sachverhalt, den Sie da dargestellt haben und der dann zu steuerlichen Fragen geführt hat, hier vielleicht aufbereiten. Kurz, meine ich. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)* – Ab Seite 2.

Paul Deutschmann, BA: Das waren ja Folgeprüfungen des Signa-Komplexes beziehungsweise auch Gesellschaften der Laura Privatstiftung, die ich prüfen habe müssen – also die ich auf dem Prüfungsplan gehabt habe; unter anderem eben die Muxel Berggasthof Schlössle GmbH.

Das ist die Besitzgesellschaft des Chalets N, das heißt, das Gebäude samt Einrichtung ist in dieser Gesellschaft im Betriebsvermögen, und dieses Chalet N wird dann zur Gänze an die Signa Luxury Collection GmbH vermietet. Dafür erhält die Muxel Berggasthof Schlössle ein Entgelt. Dieses Entgelt – - Bei der ersten Prüfungsfeststellung war es so, dass die Signa Luxury Collection diese Mietentgelte zum Teil nicht bezahlt hat. Es sind dann Forderungen gegenüber der Signa Luxury Collection entstanden und die waren unverzinst.

Im Rahmen der Prüfung waren wir der Meinung, dass diese Mietforderungen – diese nicht bezahlten Forderungen – zu verzinsen wären. Ich habe einen entsprechenden Zinssatz für diesen Zeitraum vorgeschrieben, aber auch den steuerlichen Vertreter darauf hingewiesen, dass dieser Zinssatz nur für den Zeitraum gültig ist – das war die Niedrigzinsphase –, mit dem Hinweis, wenn die Zinsen sich verändern, auch ein entsprechend höherer Zinssatz zu berücksichtigen ist. *(In den Unterlagen blätternd:)* Die zweite Feststellung oder ist das jetzt nur die – -

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich wollte das jetzt nur, wenn ich es so sagen darf, als erste Einleitung fragen. Die Abgeordneten werden sicher noch viele Fragen dazu haben – das war jetzt nur einmal ein erster Einblick in die Vorgänge, um die es da grundsätzlich geht.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 7

Ich habe noch eine letzte Frage – weil Sie gesagt haben, Sie waren mit der Signa Holding befasst –: Haben Sie Wahrnehmungen zu dieser schon mehrfach besprochenen und auch durch die Medien gegangenen Sitzverlegung der Signa Holding im Jahr 2018 von Wien nach Innsbruck?

Paul Deutschmann, BA: Ich habe da nur am Rande Wahrnehmungen, die von meinem Teamleiter an mich kommuniziert worden sind. Aber Wahrnehmungen sozusagen - - In die Prüfung der Signa Holding waren wir nicht involviert, weil das die Kollegen aus Wien selbstständig abgeschlossen haben.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Der Bescheid ist aber dann schon von Innsbruck ergangen, soweit ich weiß.

Paul Deutschmann, BA: Ja, aber wir sind Prüfer der Großbetriebsprüfung. Die Kollegen in Wien, meine Kollegen - - Das war ein anderes zuständiges Team, das bis zum Schluss geprüft hat. Also die Prüfung der Signa Holding ist nicht an uns abgetreten worden, sondern die Wiener Prüfer waren bis zuletzt zuständig.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Stimmt, genau; aber eigene Wahrnehmungen – oder solche, die Sie jetzt hier wiedergeben können – zur Frage - -

Es hat geheißen, die Großbetriebsprüfung hat eine Steuerbemessungsgrundlage von 36 Millionen festgesetzt. Ursprünglich wären es 15 Millionen gewesen; da hat es Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Finanzamt 1/23 und Innsbruck gegeben. Die Großbetriebsprüfung soll sich ursprünglich auch einer strengen Ansicht einer Bemessungsgrundlage von 50 Millionen angeschlossen haben, dann aber 36 Millionen festgesetzt haben.

Haben Sie Wahrnehmungen dazu, wie es zu dieser Meinungsänderung – oder zu dieser rechtlich anderen Ansicht – gekommen ist?

Paul Deutschmann, BA: Also dazu habe ich keine Wahrnehmungen, weil ich nicht in diese Prüfung involviert war.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 8

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Vielen Dank. Dann bin ich mit meiner Erstbefragung am Ende. Danke.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Besten Dank, Frau Verfahrensrichterin.

Ich darf bekannt geben, dass ein Schreiben des Finanzamtes für Großbetriebe betreffend § 35 VO-UA vorliegt. Es geht darum, dass sich öffentlich Bedienstete bei der Befragung durch den Untersuchungsausschuss nicht auf die Verpflichtung zur Geheimhaltung berufen dürfen. Das Finanzamt für Großbetriebe ist der Meinung, dass aufgrund der anhängigen Außenprüfung betreffend die bekannten Verfahren die Befragung zum Themenkomplex René Benko und insbesondere zur Gesellschaft Schlosshotel Igls Betriebs GmbH & Co KG zur Gänze in vertraulicher Sitzung stattfinden soll.

Ich darf aber auch festhalten, dass das Finanzamt für Großbetriebe hier unzuständig ist und das BMF zuständig wäre.

Gibt es dazu Wortmeldungen? *(Die Abgeordneten **Shetty** und **Tomaselli** heben die Hand.)* – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) *(zur Geschäftsbehandlung):* Wir können dieser Rechtsansicht nicht folgen, da ja auch die Akten im Zusammenhang mit den hier genannten Fällen – insbesondere Schlosshotel Igls GmbH – in Stufe 1 geliefert wurden.

Um das den Medien vielleicht auch zu erklären: Es geht hier darum, dass die Medien von dieser Befragung ausgeschlossen werden sollen. Es geht dabei um die Themen, die gerade die Medienöffentlichkeit und die interessierte Öffentlichkeit besonders interessieren, nämlich die Luxusvilla von René Benko, die der Steuerzahler mutmaßlich mitfinanziert hat.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 9

Deswegen verstehen wir die Rechtsansicht des Finanzamtes hier nicht – des Finanzamtes für Großbetriebe, das, wie Sie sagen, nicht einmal zuständig wäre –, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Tomaselli, bitte.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne) *(zur Geschäftsbehandlung)*: Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass nichts zu dieser Steuercausa in Stufe 2 gekommen ist. Es ist alles in Stufe 1 gekommen. Es ist übrigens sehr selektiv in Stufe 1 gekommen, weite Teile des Aktes sind gar nicht geliefert worden. Das kann man auch dem Schreiben des Finanzministeriums entnehmen. Wenn ich mir die Begründung durchlese, dann geht es im Kern darum: Das Finanzamt für Großbetriebe führt an: „Durch die mit einer medienöffentlichen Befragung verbundene Berichterstattung über Zwischenergebnisse der noch laufenden Außenprüfung würde zudem in unzulässiger Weise in die Rechte des Abgabepflichtigen eingegriffen.“

Tatsächlich unterliegen die Medien ja dem Mediengesetz und haben natürlich die Rechte eines Abgabepflichtigen auch – im Übrigen geht es hier scheinbar gar nicht um René Benko – zu wahren. Dem ist eigentlich in allen anderen Steuercausen, die wir auch in den letzten beiden Untersuchungsausschüssen hier – immer in öffentlicher Sitzung – diskutiert haben, so Rechnung getragen worden.

Wenn da Informationen kämen, die sehr in das Private hineinfallen, dann dürften die Medien ja gar nicht darüber berichten. An sich greift eine Befragung über Steuerverfahren unserer Meinung nach aber nicht in die Rechte des Abgabepflichtigen ein.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Furlinger, bitte.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung)*: Ich möchte – ohne irgendeine Interessenlage – ein bisschen eine Ambivalenz in die Debatte hineinbringen. Es ist ja nicht völlig von der Hand zu weisen: Wenn die ermittelnde Behörde im Laufe von Ermittlungen nicht alles in der Öffentlichkeit diskutiert haben will, dann müssen wir uns schon darüber Gedanken machen, in welche Nöte wir unter Umständen auch die Auskunftsperson



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 10

bei der Beantwortung von Fragen bringen. Ich glaube nicht, dass wir das ganz einfach wegwischen können.

Wir müssten meiner Meinung nach, auch im Hinblick – das möchte ich dazusagen – auf die jetzt bestehenden Entscheidungen, was die Datenschutzrechte und -verpflichtungen auch des Untersuchungsausschusses betrifft, die Dinge etwas eingehender diskutieren.

Ich hätte allerdings auch gerne die Meinung der Verfahrensrichterin einmal dazu eingeholt.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Ich würde insofern bitten, dass die Frau Verfahrensanwältin und die Frau Verfahrensrichterin ihre Stellungnahmen dazu abgeben. – Bitte schön.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Prinzipiell war es ja von vornherein ein Gedankengang, dass dieses Steuerrückforderungsverfahren – und da geht es ja um diese 12 Millionen Euro – außerhalb des Untersuchungszeitraums begonnen hat und noch nicht abgeschlossen ist. Das ist natürlich ein durchaus berechtigtes Argument, dass es ein laufendes Verfahren ist, das man – theoretisch, möglicherweise – nicht abfragen kann.

Die Frage ist aber eigentlich auch – und daher möchte ich vielleicht schon auch die Vertrauensperson oder die Auskunftsperson fragen –, ob es da nicht trennbare Sachverhalte gibt. Es geht ja auch darum: Warum hat das Finanzamt Innsbruck im Untersuchungszeitraum diese Steuerangelegenheit – also diesen Vorsteuerabzug – akzeptiert und warum ist das im Untersuchungszeitraum nicht infrage gestellt worden? – Beziehungsweise gibt es jetzt Medienberichte, dass es infrage gestellt worden ist.

Ich bin auch der Meinung, dass man schon diskutieren könnte, ob diese Fragen abfragbar sind – und dass es vielleicht gar nicht jetzt laufende Verfahren sind, die für uns von allergrößtem Interesse wären; nach jetzigem Stand. *(Die Auskunftsperson berät sich mit der Verfahrensrichterin.)*

Verfahrensanwalt-Stellvertreterin Mag. Barbara Schütz: Ich möchte zu bedenken geben, dass die zuständige Dienstbehörde der Auskunftsperson das Finanzamt für Großbetriebe Innsbruck ist – daher stammt das Schreiben, soweit ich das vernommen habe. Die zuständige



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 11

Dienstbehörde wäre nicht das BMF; die Voraussetzungen nach 35 würden daher meiner Ansicht nach vorliegen.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Verfahrensanwältin, das ist jetzt aber eine Frage: Wir sind der Meinung, das BMF ist zuständig – aber auch, wenn das BMF geschrieben hätte, wären wir nicht verpflichtet, dem zu folgen.

Ich würde vorschlagen, dass es vielleicht eine kluge Lösung wäre (*Abg. Krainer hebt die Hand*) – Herr Abgeordneter Krainer, bevor Sie sich zu Wort melden –, zu überlegen, ob man dann nicht die letzte Fragerunde vertraulich machen und diese Themeninhalte trennen könnte. Das wäre ein Vorschlag.

Ich bitte aber noch um Wortmeldungen. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Die Auskunftsperson hat ja die Möglichkeit, auch selbst den Antrag zu stellen, gewisse Fragen in einer vertraulichen Sitzung zu beantworten. Wenn die Auskunftsperson der Meinung ist, eine wahrheitsgemäße Antwort würde die Rechte von Steuerpflichtigen beeinflussen, dann kann sie das ja einfach sagen.

Ich glaube, in der Praxis wird es da nicht viele Fragen geben und dann kann man ja kurzfristig entscheiden, ob man das noch in einer vertraulichen Sitzung macht oder nicht. Ich bin aber der Meinung, dass wir zügig weitermachen sollten. (*Abg. Tomaselli hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Tomaselli, bitte.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich möchte noch einmal auf den Umstand hinweisen, dass es ja geradezu grotesk wäre, wenn man der Auskunftsperson einen Akt vorlegt, der in Stufe 1 geliefert worden ist, und sagt: Lesen Sie das jetzt mal vor!, und das wäre dann aber ein Fakt, der in einer vertraulichen Sitzung zu passieren hat.

Der Umgang nach dem Informationsordnungsgesetz wäre da auch nicht einfach so anwendbar. Das hieße ja quasi, dass ich eigentlich den Akt in der medienöffentlichen Sitzung



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 12

vorlegen könnte, die Antwort zum Akt – die könnte übrigens deckungsgleich sein, wie es im Akt selber steht – wäre dann allerdings vertraulich zu behandeln, zum Beispiel könnten wir das auch nicht in den Fraktionsbericht aufnehmen. Das macht einfach keinen Sinn.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Ich schlage folgende Vorgangsweise vor: Ich glaube, es ist wirklich am klügsten, jetzt ganz normal in medienöffentlicher Sitzung fortzusetzen. Wenn sich dann aus der Befragung ergibt, dass es Themeninhalte gibt, zu denen wir gerne Informationen hätten, die wir aber aus den bekannten Gründen nicht bekommen, dann können wir immer noch einen Teil auch in vertraulicher Sitzung abhandeln.

Herr Abgeordneter Shetty, Sie wollten sich noch melden. (*Abg. **Shetty** schüttelt den Kopf.*) – Gut, dann würde ich vorschlagen, wir gehen so vor. (*Die Vertrauensperson berät sich mit Verfahrensrichterin und Verfahrensanwalt-Stellvertreterin.*) – Wir warten noch ganz kurz.

Meine Damen und Herren, für die Befragung der Auskunftsperson Paul Deutschmann wurde zwischen den Fraktionen vereinbart, dass die Befragungsdauer der einzelnen Fragerunden halbiert wird. Somit ergibt sich folgende halbierte Redezeitvereinbarung: erste Fragerunde 3 Minuten pro Fraktion, zweite Fragerunde 2:30 Minuten pro Fraktion und dritte Fragerunde 1 Minute pro Fraktion.

Im Sinne dieser Redezeitvereinbarung bitte ich nun Herrn Abgeordneten Furlinger um das Wort – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Herr Deutschmann, bevor wir zu dem möglicherweise problematischen Thema kommen, fangen wir einmal mit Aufwärmübungen an: Was ist der Aufgabenbereich der Großbetriebsprüfung? In welchen Fällen wird sie tätig, auf wessen Initiative wird sie tätig und was tut sie? Vielleicht können Sie zum Auftakt ein bisschen Ihr Tätigkeitsfeld schildern.

Paul Deutschmann, BA: Also die Großbetriebsprüfung - - Man muss da unterscheiden: Im Zeitraum, wo ich jetzt sozusagen befragt werde, war die Organisation unterschiedlich. In der



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 13

Zwischenzeit ist das Finanzamt für Großbetriebe ein eigenes Finanzamt. Im Zeitraum vor 2021 war das Finanzamt für Großbetriebe sozusagen eine Servicestelle und hat Fälle, also Unternehmen geprüft, die einen Umsatz größer 10 Millionen – also ab 10 Millionen – gehabt haben. Da waren wir zuständig.

Beziehungsweise bei Prüfungen von Unternehmensgruppen haben wir sozusagen - -, wenn jetzt zum Beispiel ein Gruppenmitglied der Unternehmensgruppe diese Umsatzgröße erreicht hat, dann waren wir für die gesamte Gruppe für Prüfungen zuständig. Beziehungsweise waren wir auch zuständig, wenn wir sozusagen verbundene Fälle im Zuge einer Prüfung mitgeprüft haben.

Aber die Zuständigkeit wurde dann sozusagen von meinem Teamleiter beziehungsweise mit seinem Vorstand festgestellt. Ich bekomme dann nur die Prüfungsfälle auf meinen Prüfungsplan und habe diese dann zu prüfen.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Können Sie es ganz kurz zusammengefasst schildern: Wie läuft so eine Prüfung ab? Was ist der zeitliche Rahmen? Was gibt es für Qualitätskriterien für diese Prüfung?

Paul Deutschmann, BA: Die Prüfung läuft in der Regel so ab, dass ich den Prüfungsfall am Prüfungsplan habe. Dann mache ich eine Prüfungsanmeldung – die ist tunlichst eine Woche vorher durchzuführen. Ich mache dann meine Prüfungsvorbereitungen: kann mir eben - - aus den Steuerbescheiden, aus dem Steuerakt – aus dem elektronischen Steuerakt – herausholen, kann verschiedene Firmenbuchabfragen, Grundbuchsabfragen durchführen.

Dann gibt es den Prüfungsbeginn, der ist im Rahmen eines Prüfungsauftrages. Also ich habe den Prüfungsauftrag, da stehen alle Abgabenarten und Zeiträume und das Prüfungsorgan drauf – entweder ich alleine oder mit einem Kollegen zusammen. Dann fordern wir beim Unternehmen die Prüfungsdaten – die Buchhaltungsdaten – ab, weil wir die in der Zwischenzeit in elektronischer Form entgegennehmen, weil wir auch ein Prüfprogramm zur Verfügung haben.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 14

Und dann, ja, ist das so: Auch aus zeitlicher Hinsicht sind Prüfungsschwerpunkte zu setzen, also eine Vollprüfung in dem Sinn gibt es nicht. Es sind aus der Vorbereitung und aus dem Studium oder aus der Überprüfung der Buchhaltungsunterlagen Schwerpunkte zu setzen. Diese sind abzuarbeiten.

Dann gibt es in der Regel Besprechungen – auch mehrere – mit dem steuerlichen Vertreter oder mit dem Steuerpflichtigen, und dann, sofern erforderlich, eine Schlussbesprechung, da werden die Prüfungsfeststellungen dann noch einmal besprochen.

Dann gibt es einen Prüfungsbericht und der Prüfungsbericht hat dann zur Folge: Sofern Ergebnisse, Prüfungsergebnisse, herauskommen, wird entsprechend der Steuerbescheid abgeändert und es wird eine Nachforderung an den Abgabepflichtigen gestellt.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Wie kommt es zu einer Prüfung? Wer beauftragt die? Wird das computerartig generiert – nach dem Zufallsprinzip – oder gibt es einen konkreten Auftrag: jetzt wird diese und diese Firma geprüft? Wer beauftragt da?

Paul Deutschmann, BA: Soweit mir bekannt ist, gibt es Fälle, die der Computer sozusagen auswirft, die zu prüfen sind. Dann gibt es auch die von der Pacc², das ist eine Spezialtruppe, also sozusagen eine, die EDV-technisch Schwerpunkte herausarbeitet und sagt: Da sind irgendwelche Ungereimtheiten, die zu überprüfen wären! Dann wird dieses Unternehmen vorgeschlagen. Oder es gibt Einzelauswahlfälle. Aber diese Auswahl trifft entweder der Vorstand oder der Teamleiter – also ich bin da nicht involviert. Ich kann jetzt nicht sagen: Ich will dieses Unternehmen prüfen!, sondern ich bekomme von meinem Vorgesetzten diesen Prüfungsfall auf meinen Prüfungsplan und habe dann entsprechend zu prüfen.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Jetzt nähere ich mich ein bisschen dem konkreteren Thema. Wer hat konkret den Auftrag erteilt, die Schlosshotel Igls Betriebs GmbH & Co KG zu prüfen?

² Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „PACC“ statt „Pacc“

(Hinweis: Aussprechbare Abkürzungen werden entsprechend der redaktionellen Regelung der Parlamentsstenograph:innen ab vier Buchstaben nicht in Großbuchstaben wiedergegeben.)



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 15

Paul Deutschmann, BA: Den Auftrag habe ich von meinem Teamleiter erhalten, indem er diesen Prüfungsfall auf meinen Prüfungsplan gestellt hat.

Abgeordneter Mag. Klaus Förlinger (ÖVP): Das ist wer?

Paul Deutschmann, BA: Das war zu dem Zeitpunkt Mag. A. W.³. Er ist in der Zwischenzeit in Pension.

Abgeordneter Mag. Klaus Förlinger (ÖVP): Welcher Zeitraum wurde dort steuerlich überprüft für diese GmbH & Co KG? *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

Paul Deutschmann, BA: Darf ich mich kurz beraten, bitte? *(Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson, Verfahrensanwalt-Stellvertreterin und Verfahrensrichterin.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Ich darf in der Zwischenzeit mitteilen, dass wir mit der Stoppuhr Probleme haben und jetzt händisch gestoppt wird – wie in alten Zeiten.

Ich darf auch mitteilen, dass wir in der Zwischenzeit noch einmal geprüft haben, wer die zuständige Behörde ist: Das ist das BMF und nicht das Finanzamt für Großbetriebe. Das BMF hat es nicht für notwendig gefunden, ein derartiges Schreiben an uns zu senden.

(Vorsitzender-Vertreter, Verfahrensrichterin und Verfahrensanwalt-Stellvertreterin beraten sich.)

Ich **unterbreche** kurz die Sitzung.

(Sitzungsunterbrechung: 10.47 Uhr bis 10.54 Uhr.)

³ Angenommene Einwendung der Auskunftsperson: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen. Der Klarnamen wird im gesamten Befragungsprotokoll mit A. W. anonymisiert.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 16

10.54

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**. Es war wichtig, diese Punkte jetzt zu klären.

Ich darf bitten, mit der Beantwortung fortzufahren.

Paul Deutschmann, BA: Die Frage war wegen dem Prüfungszeitraum? (*Abg. Furlinger: Genau!*) Also der ursprüngliche Prüfungszeitraum war 2016 bis 2019, der wurde dann aber mehrmals verlängert, also aktuell ist der Prüfungszeitraum 2016 bis 2022.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Können Sie noch sagen, wann der Erstauftrag zu dieser Prüfung genau erfolgt ist? (*Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.*)

Paul Deutschmann, BA: Also nach meinen Unterlagen wurde der Prüfungsauftrag am 21.10.2020 unterschrieben.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Welche steuerlichen Komplexe hat dieser Prüfauftrag genau betroffen?

Paul Deutschmann, BA: Er hat die Umsatzsteuer und die einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung für diesen Zeitraum betroffen.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Hat sich die Sitzverlegung diverser Gesellschaften auf diese Prüfung in irgendeiner Weise ausgewirkt? (*Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

Paul Deutschmann, BA: Welche Sitzverlegung meinen Sie da bitte?

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Diese Gesellschaft hatte ja eine Sitzverlegung. Oder bin ich da falsch informiert? – Die GmbH & Co KG.

Paul Deutschmann, BA: Die hat meines Wissens jetzt in diesem Jahr stattgefunden, ja.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 17

Abgeordneter Mag. Klaus Füllinger (ÖVP): Hat sich die auf die Prüfung in irgendeiner Weise ausgewirkt?

Paul Deutschmann, BA: Nein, die Prüfungszuständigkeit ist bei mir oder bei meinen Prüfkollegen verblieben.

Abgeordneter Mag. Klaus Füllinger (ÖVP): Nur zur Information für mich: Macht das steuerrechtlich überhaupt irgendeinen Unterschied für die Beurteilung, in welchem Bundesland die Prüfung stattfindet?

Paul Deutschmann, BA: Macht keinen Unterschied, weil wir für ganz Österreich zuständig sind und in diesem konkreten Fall auch die Zuständigkeit bei uns verblieben ist.

Abgeordneter Mag. Klaus Füllinger (ÖVP): Das ist jetzt seit wann so?

Paul Deutschmann, BA: Das war davor schon so. Also selbst wenn jetzt sozusagen das Unternehmen seinen Sitz gewechselt hat, war die Prüfungszuständigkeit auch bei uns, wenn ich den Fall jetzt geprüft habe, noch vor der Neuorganisation.

Abgeordneter Mag. Klaus Füllinger (ÖVP): Die Neuorganisation ist wann schlagend geworden? War das 20- -

Paul Deutschmann, BA: 2021. Wäre ursprünglich früher geplant gewesen, hat sich aber verschoben.

Abgeordneter Mag. Klaus Füllinger (ÖVP): Darf ich Ihnen ein Dokument aufrufen? – Nummer 63825. Das ist ein Aktenvermerk von Ihnen. Ist er bei Ihnen auch schon da? *(Die Auskunftsperson nickt.)*

Das ist ein Aktenvermerk von Ihnen, wo Sie die Frage nach der Liebhaberei dieser GmbH & Co KG, des Schlosshotel Igls, stellen. Was waren Ihre Wahrnehmungen dazu, die Sie zu diesem Schluss geführt haben? *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Paul Deutschmann, BA: Darf ich Sie noch einmal fragen bezüglich Liebhaberei? Ihre Frage - -



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 18

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Darin wird ja quasi der Verdacht aufgeworfen, dass es sich um Liebhaberei handelt. Vielleicht können wir ganz kurz für alle erklären, was das ist und woraus der konkrete Schluss in diesem Fall bestand.

Paul Deutschmann, BA: Also konkret geht es da jetzt nicht um Liebhaberei, sondern da geht es um die Luxusimmobilienproblematik. Da ist jetzt die primäre Frage, ob es eine unternehmerische Tätigkeit der Schlosshotel Igls gibt oder nicht; die wird da primär untersucht, ob eben sozusagen der Vorsteuerabzug zusteht oder nicht.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Dem Aktenvermerk entnehme ich, dass die Frage der unternehmerischen Tätigkeit und damit der Liebhaberei schon aufgeworfen wird – ich glaube, in der viertletzten, fünftletzten Zeile. Daher meine Frage für den konkreten Fall: Wie kam es zu diesem Rückschluss oder zu dieser Annahme? *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)* Ich könnte den Satz zitieren, wenn Sie wollen.

Paul Deutschmann, BA: Entschuldigung, jetzt habe ich es gefunden, ja. Das ist dann, sage ich einmal, der zweite Schritt, der dann überprüft wird, ob jetzt Liebhaberei vorliegt oder nicht.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Gab es da schon einen konkreten Verdacht, dass das aufgeworfen wurde?

Paul Deutschmann, BA: Verdacht ist es insofern, dass ja das Unternehmen Prognoserechnungen vorgelegt hat, um diesen Verdacht zu enthärten – also der Steuerberater. Ich glaube, im Prüfungsverfahren wurden drei Prognoserechnungen vorgelegt. In allen drei Prognoserechnungen wurde ein positives Gesamtergebnis erzielt – also kein Liebhabereiverdacht. Und das wird dann von uns überprüft, ob diese Prognoserechnungen insofern richtig sind, ob alle Komponenten in diese Prognoserechnung eingeflossen sind – Mietausfallswagnis, Zinsen und mehr. Dieser Umstand oder diese Liebhabereibetrachtung wird von uns derzeit noch überprüft, ist aber natürlich im Raum gestanden, weil bei solchen Objekten auch das ein Thema ist.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Im Raum steht ja immer, dass es eventuell zu Interventionen gekommen sein könnte. Hat es konkret in diesem Fall – der Prüfung in Igls –



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 19

irgendwelche Interventionen gegeben? Hat sich irgendjemand für eine Steuererleichterung des Herrn Benko eingesetzt? Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: 30 Sekunden.

Paul Deutschmann, BA: Dazu habe ich überhaupt keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Klaus Füllinger (ÖVP): Danke, ich nehme die Restzeit mit.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Schmidt, bitte schön.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Herr Deutschmann, vielen Dank fürs Kommen!

Ich würde gerne zum Chalet N oder zur Muxel GmbH, also Muxel Berggasthof Schlössle GmbH, kommen und habe dazu die kurze Frage: Von wem kam der Auftrag zur Prüfung und wann?

Paul Deutschmann, BA: Der Auftrag ist auch von meinem Teamleiter gekommen, also ich habe dieses Unternehmen ebenfalls auf meinem Prüfungsplan gehabt. Ich glaube, rememberlich, der Auftrag auf dem Prüfungsplan: auch 2020. Die Prüfung wurde dann, glaube ich, auch 2020 begonnen, das kann ich aber jetzt - - Im Detail müsste ich da in meinen Unterlagen nachschauen.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Dann hätte ich eine Frage: Das fertiggestellte Luxushotel wurde ja dann an die Signa Luxury Collection vermietet, dazu gibt es einen Mietvertrag. Im ersten Mietvertrag von 2012 findet sich unter Punkt 7.4 – Dokument 19744, Seite 8 –, dass es eine Rabattvereinbarung mit der Signa Holding, mit der RB Immobilienverwaltungs GmbH und mit René Benko gibt. Haben Sie Wahrnehmungen zu dieser Rabattvereinbarung? *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Auskunftsperson Deutschmann: Ich weiß den Punkt nicht mehr!)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete, könnten Sie den Punkt außerhalb der Redezeit bitte kurz wiederholen?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 20

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Es steht im Mietvertrag unter Punkt 7.4, dass es eine Rabattvereinbarung mit der Signa Holding, mit der RB Immo und mit René Benko gibt. Die Frage ist, ob es zu dieser Rabattvereinbarung Wahrnehmungen gibt.

Entschuldigung! Es ist Seite 10, nicht Seite 8. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Vorsitzender-Vertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Es kam der Einwand, dass 2012 außerhalb des Untersuchungszeitraumes liegt. Frau Abgeordnete, Sie werden vielleicht anführen, dass der Vertrag jetzt noch gilt?

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Davon gehe ich aus.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Dann ist die Frage zulässig. – Bitte schön.

Paul Deutschmann, BA: Also in meinen Unterlagen, die ich zur Befragung mitgenommen habe - - Zur Prüfung bezüglich Rabattvereinbarung habe ich im Telefonat am 6.5. den Steuerberater Mag. Pfleger gefragt, ob es Rabattvereinbarungen gibt, und er hat mir mitgeteilt, es wurden keine getroffen.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Wir haben einen Mietvertrag, wo das drinsteht, wir wissen aus der Gästeliste, dass Herr René Benko sehr häufig Gast in diesem Chalet war, aber der steuerliche Vertreter hat gesagt, es gibt keine Rabattvereinbarung. Habe ich das richtig verstanden?

Paul Deutschmann, BA: Die Rabattvereinbarung bezüglich Muxel Berggasthof Schlössle; weil: man muss nämlich berücksichtigen, dass ja das gesamte Objekt an die Signa Luxury Collection vermietet worden ist. Also diese Rabattvereinbarung kann ja dann nur die Signa Luxury Collection gewähren, wenn Personen dieses Unternehmens im Chalet N nächtigen.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Es gibt noch einen Zusatz zum Mietvertrag vom Jahr 2014. Da wird angeführt, dass der Vermieter – in dem Fall die Muxel Berggasthof GmbH – 15 Jahre auf sein Kündigungsrecht gegenüber der Signa Luxury verzichtet, dass die



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 21

Indexierung der Miete bis 2018 ausgesetzt wird. Da wäre jetzt meine Frage: Ist das Ihrer Wahrnehmung nach fremdüblich, ist das ein üblicher Mietvertrag?

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Das Dokument brauchen wir, bitte.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): 19744, Seite 23. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück und beraten sich.)*

Paul Deutschmann, BA: Könnte ich bitte die Frage noch einmal hören?

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Außerhalb der Redezeit.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Wir haben das in diesem Vertrag: Der Vermieter verzichtet über 15 Jahre auf sein Kündigungsrecht gegenüber dem Mieter und setzt die Indexierung der Miete gleichzeitig bis 2018 aus, das heißt, die wird nicht wertgesichert. Ist das aus Ihrer Wahrnehmung aus der Großbetriebsprüfung ein fremdüblicher Mietvertrag? *(Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson, Verfahrensanwalt-Stellvertreterin, Verfahrensrichterin und Vorsitzender-Vertreter.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Es ist eine Rechtsfrage, die die Auskunftsperson natürlich in dieser Form so kaum beantworten kann.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Ich frage ja nach seiner Wahrnehmung aus der normalen Praxis der Großbetriebsprüfung und ob es in diesem Fall üblich ist, dass es solche Mietverträge gibt.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: So ist die Frage zulässig.

Paul Deutschmann, BA: Zu diesem Mietvertrag habe ich jetzt keine Wahrnehmung. Also ich habe dazu auch keine Feststellung getroffen.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Die Frage war, ob das ein Mietvertrag ist, der grundsätzlich oft so vorkommt: dass man für 15 Jahre kein Kündigungsrecht hat und dass man vier Jahre lang auch keine Indexierung hat. *(Die Auskunftsperson berät sich mit*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 22

Vertrauensperson, Verfahrensanwalt-Stellvertreterin, Verfahrensrichterin und Vorsitzender-Vertreter.)

Paul Deutschmann, BA: Also öfter ist relativ. Ich habe hin und wieder mit Mietverträgen zu tun. Also: Ein Kündigungsverzicht ist mir bekannt, das wird öfter in einem Mietvertrag vereinbart. Zur Indexierung kann ich jetzt keine Stellungnahme abgeben.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Gut, dann gehen wir weiter.

Bereits im Jahr 2019 hat die Signa Luxury mit ihrem Mietvertrag 5,9 Millionen Euro an Mietrückständen gegenüber der Muxel Berggasthof GmbH aufgewiesen. Das sind vier ganze Jahresmieten, die da nicht bezahlt wurden. Haben Sie das beim steuerlichen Vertreter hinterfragt?

Paul Deutschmann, BA: Ich habe das beim steuerlichen Vertreter insofern hinterfragt, weil diese Forderung nicht verzinst wurde und das nicht fremdüblich ist.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Aber die Tatsache, dass die Forderungen auch nie eingefordert wurden, war aus Ihrer Sicht oder aus Sicht des steuerlichen Vertreters nicht hinterfragenswert? *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

Paul Deutschmann, BA: Ich glaube, dass das auch eine Entscheidung des Unternehmens ist, ob sie diese Mietforderungen einfordert oder nicht. Wenn sie sozusagen die Bezahlung aussetzt, dann ist das eine Entscheidung des Unternehmens. Ich kann nur sagen, ob das fremdüblich ist, dass diese Forderung unverzinst geblieben ist. Das war für mich fremdunüblich und habe dementsprechend auch einen Zinssatz angesetzt.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Gut.

Dann habe ich noch eine Frage zum Jahresabschluss der Muxel GmbH 2022 – der Signa Luxury, Entschuldigung, nicht der Muxel –: Da finden Sie auf der Einnahmenseite nur 1,8 Millionen Euro Erlöse aus Beherbergung. Das Zimmer kostet dort laut Internet 300 000 Euro pro Woche. Also wenn man das durchdividiert, die Erlöse durch die Kosten,



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 23

dann war genau ein Zimmer sechs Wochen lang belegt. Das war die gesamte Auslastung des Chalet N.

Wie haben Sie das Gefühl, dass die Signa Luxury auf Gewinnerzielung ausgerichtet war, Ihrer Wahrnehmung nach? Hat die Signa Luxury jemals Gewinne gemacht?

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: 15 Sekunden. *(Die Vertrauensperson berät sich mit Verfahrensrichterin und Verfahrensanwalt-Stellvertreterin.)*

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Die Dokumentennummer wäre 19810, Seite 24.

Paul Deutschmann, BA: Also zur Signa Luxury Collection kann ich keine Auskunft geben, weil ich mit dieser Prüfung nicht beauftragt war.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Dann werden Sie zur nächsten Frage auch nichts sagen können. Ich stelle Sie trotzdem: Trotz dieser offenbar geringen Auslastung mit zahlenden Gästen und der ausstehenden Mietzahlungen hat die Signa Luxury 1,1 Millionen Euro Coronaförderungen erhalten. Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Paul Deutschmann, BA: Dazu habe ich auch keine Wahrnehmungen, weil ich nicht für die Prüfung zuständig war oder bin.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Danke. – Ich nehme die Zeit mit.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Ries, bitte.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Guten Morgen, Herr Deutschmann! Ich hätte jetzt trotzdem noch eine Frage, die an den Fragenkomplex der Kollegin von der SPÖ anschließt: Sie sind ja schon einige Jahrzehnte bei der Finanz tätig und auch einige Jahrzehnte mittlerweile bei der Großbetriebsprüfung. Ist es aus Ihrer Wahrnehmung nicht eher ungewöhnlich, dass ein Unternehmen, das als Vermieter auftritt, vom Mieter keine Miete einhebt?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 24

Paul Deutschmann, BA: Also sie hat ja Miete eingehoben, die Miete ist ja nur bis dato nicht bezahlt worden. Ich kann ja dem Unternehmen nicht vorschreiben, Schulden einzutreiben, ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Kollege Furlinger hat zuvor von Liebhaberei gesprochen. Ist das nicht ein Bilderbuchbeispiel für so eine Liebhaberei?

Paul Deutschmann, BA: Für mich war das keine Liebhaberei, weil ja die sozusagen ein positives Ergebnis aus der Vermietung erzielt, weil ich ja in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft diese Mieteinnahmen als Erlös drinnen habe.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Die wurden aber dann über welchen Zeitraum nicht einbezahlt? (Abg. *Krainer: Fast vier Jahre!*)

Paul Deutschmann, BA: Aus dem Stegreif kann ich das jetzt nicht sagen, aber es waren mehrere Jahre.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Na, das wäre im Umkehrschluss in etwa so, wie wenn ich einen Gehaltszettel schicke, aber kein Gehalt dazu. Also irgendwie ist das nicht schlüssig für jemanden, der nicht in der Finanz verankert ist. Das verstehe ich jetzt nicht. Geht die Finanz solchen Dingen an und für sich nicht nach?

Paul Deutschmann, BA: Die Finanz geht solchen Dingen insofern nach, weil ich das ja sozusagen auch auf der Gegenseite mitgeteilt habe. Also, bei der Prüfung der Signa Luxury GmbH wird ja das auch als Verbindlichkeit ausgewiesen. Das habe ich ja dem Prüfer auch mitgeteilt und habe auch gesagt, ich sehe das als Fremdüblichkeit⁴ an – dass diese Forderung bis dato unverzinst geblieben ist – und habe sie dementsprechend verzinst.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Kurz zusammengefasst: Buchhalterisch ist das für Sie richtig, faktisch ist diese Miete aber nie eingegangen oder über einen langen Zeitraum nicht eingegangen. Kann man das so in einfachen Worten umschreiben? (Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)

⁴ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] fremdunüblich an“ statt „[...] Fremdüblichkeit an“



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 25

Paul Deutschmann, BA: Das kann man so umschreiben, ja.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Okay, danke.

Herr Deutschmann, Sie haben gesagt, die Großbetriebsprüfung ist für Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr zuständig. Es ist ja bei der Firma Signa so, dass es ja Hunderte verschachtelte Firmen gibt, mehr oder weniger, mit, habe ich heute gehört, über 1 000 Steuernummern. Inwieweit müssen Sie die verschiedenen Firmen, die ja ineinander verschachtelt sind – das ist ja offenbar so –, in ihren Umsätzen, ihrem Betriebsergebnis zusammenrechnen?

Paul Deutschmann, BA: Also, wir haben da jetzt keine Rechnungen angestellt, das war einfach unsere Zuständigkeit oder meine Zuständigkeit, die mir angeordnet wurde, Prüfungen im Signa-Komplex durchzuführen.

Es war für uns natürlich eine große Herausforderung, weil wir ein Organigramm zur Verfügung gestellt bekommen haben, das über mehrere Seiten war. Also, ich kann mich erinnern, im Büro von meinem Teamleiter war eine Pinnwand voll mit Organigrammen des Signa-Komplexes. Wir waren halt für die Prüfung von Signa-Gesellschaften zuständig beziehungsweise mir wurde eben der Auftrag über meinen Prüfungsplan erteilt, Prüfungen bei Signa-Gesellschaften durchzuführen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Dann machen wir vielleicht gleich dort weiter.

Ihnen wurden ja dann, glaube ich, mit 5. Dezember 2017 Prüfungen übertragen, die zuvor beim Branchenteam 26 in Wien angesiedelt waren, aber hatten Sie zuvor schon Prüfaufträge betreffend Firmenkomplexe, die mit René Benko zu tun hatten – in Tirol, in Innsbruck? (*Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.*)

Paul Deutschmann, BA: Wir waren meiner Erinnerung nach schon ab 2015 mit Signa-Prüfungen beschäftigt. Also ich und mein Kollege haben da die Gruppe Signa Prime geprüft, die war ja in Innsbruck ansässig, und haben da schon 2015 Prüfungen durchgeführt. Das war dann auch ein Grund, warum wir dann in weiterer Folge auch Fälle von den Wiener Kollegen



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 26

übernommen haben: weil uns sozusagen die Signa in einer gewissen Weise schon vertraut war, von den Abläufen her, und deshalb haben auch wir diese Prüfungsfälle dann erhalten.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Gut. Dann haben Sie diese 24 Unternehmen unter dem Dach der Signa vom Team 26 zugewiesen bekommen. Nach welchen Gesichtspunkten erfolgte eine Aufteilung zwischen Ihnen und – zumindest – Kollegen H. W., wer welche Firma prüft? Unter welchen Gesichtspunkten wurde diese Aufteilung vorgenommen und wer hat sie vorgenommen?

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: 30 Sekunden.

Paul Deutschmann, BA: Die Aufteilung haben wir zusammen mit unserem Teamleiter vorgenommen. Da wurde eben geschaut: Wenn es eine Steuergruppe gegeben hat, dann war es natürlich sinnvoll, dass die komplette Steuergruppe ein Prüfer übernimmt, und wenn es keine - - oder Einzelfälle waren, dann hat man es eben aufgeteilt, so zumindest von der Größe her - - Die werden ja kategorisiert, diese Unternehmen, bei uns, ob es jetzt ein Großbetrieb ist, ein Mittelbetrieb oder ein Kleinbetrieb. Dann hat man eben geschaut, dass der Arbeitsumfang gerecht aufgeteilt wird, dementsprechend hat es dann die Aufteilung gegeben.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Welcher Zeitrahmen wurde Ihnen zur Prüfung eingeräumt? *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

Paul Deutschmann, BA: Ich sage, ein konkreter Zeitrahmen wurde uns nicht vorgegeben, aber es wurde uns sozusagen - - oder mein Teamleiter hat kommuniziert, dass diese Fälle vordringlich zu prüfen sind, insbesondere weil Verjährung gedroht hat beziehungsweise weil eben diese Prüfungen schon längere Zeit offen waren.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Das heißt, das wurde Ihnen auch als Grund genannt, warum Sie jetzt diese Prüfung übernehmen sollen?

Paul Deutschmann, BA: Welchen Grund meinen Sie?

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Na ja, es muss einen Grund gegeben haben, warum die Prüfung von Wien auf Innsbruck übergeht?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 27

Paul Deutschmann, BA: Ja, das waren einfach viele Fälle, die sehr aufwendig zu prüfen waren, glaube ich, von den Wiener Kollegen. Das, glaube ich, wurde ein bissl unterschätzt: die Größe und Anzahl der Prüfungen. Da sind von den Wiener Kollegen eben manche Prüfungen vordringlich durchgeführt worden und manche eben weniger vordringlich, und eben diese ganzen Fälle, die weniger vordringlich behandelt wurden, sind dann natürlich liegen geblieben, und dann musste man eben schauen, dass diese Fälle in rascher Zeit geprüft werden.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ist Ihnen erinnerlich, wie lange dann die Prüfung bis zum fertigen Prüfbericht bei Ihnen in Tirol gedauert hat? Und: Wie viele Personen waren Ihrerseits als Prüfer involviert?

Paul Deutschmann, BA: Also bei den abgetretenen Fällen waren eben mein Prüfkollege und ich und der Teamleiter involviert. Die zeitliche Dauer war unterschiedlich. Es waren Prüfungsfälle dabei, die relativ rasch abgeschlossen werden konnten. Das waren zum Teil solche Zwischenholdings, die vielleicht noch einen Beteiligungsansatz im Betriebsvermögen drinnen gehabt haben. Das war rasch zu klären, ob der Beteiligungsansatz stimmt oder nicht.

Und ansonsten: Ja, ich kann mich erinnern, es waren manche Fälle dabei, die längere Zeit in Anspruch genommen haben, und manche Fälle waren rasch zu erledigen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Wissen Sie, wie viele Personen, wie viele Beamte in Wien mit der Prüfung beschäftigt waren?

Paul Deutschmann, BA: Also ich kann mich an eine Besprechung erinnern, wo wir sozusagen mit den Kollegen Kontakt über die abgetretenen Fälle hatten. Das waren eine Prüferin, zwei Prüfer, eine Teamleiterin, und es war mir bekannt, dass bei manchen Prüfungen der Fachbereich miteingebunden war.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Tomaselli, bitte.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Herr Deutschmann, was sagt Ihnen der Name Villa N?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 28

Paul Deutschmann, BA: Ja, die Villa N ist die Bezeichnung für das Objekt der Schlosshotel Igls Betriebs GmbH & Co KG in Igls.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Ah, also so ähnlich wie Chalet N. Wissen Sie, wofür der Buchstabe N steht?

Paul Deutschmann, BA: Wir haben das während der Prüfung beim Geschäftsführer einmal hinterfragt, und es wurde zur Antwort gegeben, dass es den Namen der Gattin von Herrn Benko – der Vorname – betrifft.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Okay.

Was uns betreffend Schlosshotel Igls aufgefallen ist, ist die Frage: Es ist ja seit 2020 geprüft worden und trotzdem ist über Jahre die Vorsteuer ausbezahlt worden. Warum?

Paul Deutschmann, BA: Die Vorsteuer: Grundsätzlich, sofern jetzt die – sage ich einmal – Grundvoraussetzungen vorliegen, muss die Vorsteuer ausbezahlt werden. Wir haben da keine gesetzliche Grundlage – oder das Finanzamt –, die Vorsteuer rückzubehalten, es sei denn, es besteht schon ein Sicherstellungsauftrag. Wenn dieser Sicherstellungsauftrag schon vorliegt, dann kann man mit der Rückzahlung – oder kann man die Rückzahlung verwehren.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Sie sind ja während der Prüfung – ich nehme an, das wird ins System eingemeldet – mehrmals selber vom zuständigen Finanzamt, das für die Auszahlung der Umsatzsteuer oder der Vorsteuer zuständig ist, gefragt worden, ob Sie das freigeben können. Es gab gewissermaßen drei Phasen: Zuerst ist es von Ihnen freigegeben worden, dann gab es eine Phase, wo es nicht freigegeben worden ist, und dann gab es wieder eine Phase – bis zuletzt –, als die Zahlungen wieder freigegeben wurden. Also Sie haben selber zumindest für ein halbes Jahr die Umsatzsteuervoranmeldungen nicht freigegeben, sie sind nicht ausbezahlt worden. Wie kam es zu dieser Meinungsänderung?

Paul Deutschmann, BA: Es war so, dass wir während der Prüfung ja natürlich Unterlagen anfordern, unter anderem war für die Prüfung auch der Mietvertrag maßgeblich. Der Mietvertrag wurde dann erst später vorgelegt. Der Zeitraum, glaube ich, den Sie ansprechen, wo wir die Auszahlung nicht genehmigt haben, war der, dass uns dort der Mietvertrag nicht



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 29

vorgelegt - - oder nicht vorlag und wir dann gesagt haben: Nein, jetzt holen wir einmal den Mietvertrag! Damit wir diese Mietbedingungen kennen, sollte der uns vorgelegt werden, und dann wird in der weiteren Folge wieder beurteilt, ob eine Auszahlung erfolgen kann oder nicht – und die ist dann in der weiteren Folge wieder positiv erledigt worden.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Sie geben aber in einem Schreiben an - - Ich möchte gerne das Dokument 64138 vorlegen, bitte. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Das ist ein Widerspruch zu Ihren Aussagen, denn hier sagen Sie schriftlich, es gehe darum, falls schlussendlich bei der Prüfung doch nichts rauskomme, müsse das Finanzamt Verzugszinsen zahlen.

Paul Deutschmann, BA: Ja, da war der Umstand, dass das Finanzamt die Umsatzsteuervoranmeldungen nicht mehr gebucht hat, und ich habe darauf hingewiesen – da hat es eine Gesetzesänderung gegeben –, dass Umsatzsteuerzinsen anfallen; wenn sozusagen die Verbuchung längere Zeit nicht erfolgt beziehungsweise die Gutschrift am Abgabekonto nicht gebucht wird, dann können Umsatzsteuerzinsen anfallen, und dann habe ich eben das Finanzamt darauf hingewiesen, dass es - - Ja, das ist dann die Entscheidung des Finanzamtes, ob es dann sozusagen die Verbuchung durchführt und die Umsatzsteuerzinsen verhindert; und wenn es das nicht macht, dann können eben, sofern dann der Vorsteuerabzug zusteht, Umsatzsteuerzinsen anfallen.

Wir müssen ja als Beamte auch darauf schauen, dass das sozusagen wirtschaftlich vonstattengeht. Also, wir können da nicht irgendwas sozusagen verhindern und dann fallen uns Zinsen – da geht es ja um einen entsprechend recht hohen Betrag – auf den Kopf.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Sie haben sich dann lieber dafür entschieden, Millionen an Umsatzsteuern zuerst auszuzahlen, und müssen sie jetzt quasi als Forderung wieder betreiben; sonst würde es ja – mit Dezember 2023 – keine pfandrechtliche Sicherstellung im Grundbuch geben.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 30

Paul Deutschmann, BA: Ja, das kann ich leider gesetzlich nicht - - oder: Das ist gesetzlich nicht vorgesehen, dass ich die Vorsteuer nicht auszahlen darf, also das Finanzamt. Ich muss immer sagen: Ich bin ja nicht das Finanzamt, ich habe nur für das zuständige Finanzamt Österreich geprüft. Ich kann nur anregen, und das Finanzamt Österreich entscheidet, ob es die Auszahlung durchführt oder nicht. Aber es gibt keine gesetzlichen Regelungen, dass die Auszahlung verhindert wird.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Ja, Herr Deutschmann, so ist es jetzt auch nicht. Wenn das Finanzamt beispielsweise erhebliche Zweifel an der Prognoserechnung hat, dann wird keine Umsatzsteuer ausgezahlt. Das weiß jeder, der eine Investorenwohnung gekauft hat, oder?

Paul Deutschmann, BA: Das habe ich ja davor schon erwähnt: dass ja Prognoserechnungen vorgelegen sind und diese Prognoserechnungen ja immer von einem positiven Gesamtergebnis ausgegangen sind.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Die Prognoserechnungen waren im Kern aber einfach falsch, was auch erkennbar war, weil die, die 2016 abgegeben worden ist, von einer Investitionssumme von 20 Millionen ausgeht. Schlussendlich sind ja 72 Millionen ausgegeben worden. – Ist das richtig? *(Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen und berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Gibt es dazu ein Dokument?

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): 63933.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: 63 - -

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): 63993, bitte. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*

Paul Deutschmann, BA: Das ist, glaube ich, die erste Prognoserechnung, die dem Finanzamt vorgelegt wurde. Offensichtlich waren da noch andere Voraussetzungen oder war ein kleineres Objekt geplant. Auf alle Fälle: Das hat sich dann in der Folge mehrmals gesteigert,



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 31

diese Anschaffungskosten; die sind ja sozusagen erst Ende 2022 festgestanden, darum haben wir auch 2022 noch mitgeprüft, und - - Ich glaube, Sie haben gesagt, 72 Millionen, oder? (Abg. **Tomaselli**: Mhm!) Also, die 72 Millionen Anschaffungskosten kann ich nicht bestätigen, brutto.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Brutto, ja. Sie betreiben 12 Millionen Euro Umsatzsteuer – das ist von mir von 60 Millionen aus gerechnet.

Paul Deutschmann, BA: Ich sage einmal, *rund* 72 Millionen brutto, wenn Sie sagen, also, ich habe Nettoanschaffungskosten von gesamt 58,7 Millionen. Man muss da aufpassen: Die Vorsteuern, die wir sozusagen da über die - - sozusagen gesichert haben mit der Pfandrechtsvormerkung, das betrifft alle Vorsteuern in unserem Prüfungszeitraum bis zum Nachschauzeitraum. Also die Vorsteuer betrifft auch Instandhaltungskosten, Betriebskosten.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Dann korrigiere ich meine 72 auf 70 Millionen, aber das tut dem Argument keinen Abbruch.

Die Prognoserechnung war ja 2017 schon nicht mehr aktuell, denn die Prognoserechnung 2016 ist ja von einer Renovierung ausgegangen, 2017 ist das Haus aber abgerissen worden. Reaktionen vom Finanzamt können wir aber keine feststellen.

Paul Deutschmann, BA: Zu dem Zeitpunkt war ich noch nicht in die - - also mit der Prüfung beauftragt. Das war Zuständigkeit des Finanzamtes. Dazu kann ich leider nichts sagen.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): 2019 fällt dem Finanzamt auf: Es kommt gar keine Einnahme, obwohl das in der Prognoserechnung steht. – Der Steuerberater schreibt Ihnen dann aber: Ja, das Ganze hat sich nur um zwei Jahre verschoben!, was ja zu diesem Zeitpunkt auch schon unrichtig war, weil das ganze Haus ja eben schon abgerissen war.

Paul Deutschmann, BA: Ja, 2019, da war ich auch noch nicht involviert. Ich habe erst Ende 2020 mit der Prüfung begonnen. Da bin ich der falsche Adressat.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Die nächste Prognoserechnung ist erst 2021 eingereicht worden. Nochmals: Ich verstehe einfach nicht, wieso bei erheblichem Zweifel,



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 32

dass die Prognoserechnung konsistent und richtig ist, diese Umsatzsteuern in der Höhe ausbezahlt worden sind. Sie selber haben insgesamt 3 Millionen per E-Mail freigegeben.

Paul Deutschmann, BA: Ich kann mich nur wieder wiederholen: Diese Prognoserechnung, die ist ja adaptiert worden auf den aktuellen Wert der Anschaffungskosten, und es sind dann sozusagen auch die Mieteinnahmen entsprechend höher angesetzt worden. Und in der Prognoserechnung wurde einmal grundsätzlich ein positives Gesamtergebnis ausgewiesen, und wir haben dann keine rechtliche Handhabe, die Vorsteuer nicht auszusahlen.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Auf die Prognoserechnung gehen wir dann en détail in der zweiten Runde ein.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Shetty, bitte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Guten Morgen auch von meiner Seite! Herr Deutschmann, ich würde gerne mit Vorlage 13, Seite 3 beginnen. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)* Es handelt sich hierbei um den Erlass des BMF für die „Steuerliche Behandlung von [...] Anteilshaber [...]“. – Ich nehme an, Ihnen ist dieser Erlass bekannt?

Paul Deutschmann, BA: Im Detail jetzt nicht.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): In Grundzügen?

Paul Deutschmann, BA: Dazu kann ich jetzt keine Aussage treffen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ja oder nein? Ist Ihnen dieser Erlass in Grundzügen bekannt?

Paul Deutschmann, BA: Wir bekommen viele Erlässe. Ich dürfte ihn vielleicht einmal gelesen haben, aber er ist mir jetzt aktuell nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Wenn Sie vielleicht diesen gelb markierten Teil auf der Seite 3 unten durchlesen und sagen, was Ihre Wahrnehmung zu diesem Inhalt ist. *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 33

Paul Deutschmann, BA: Sie sprechen da jetzt die Renditemiete an.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich fasse das kurz zusammen: Es geht darum, dass, wenn ein Anteilsinhaber – also vereinfacht gesagt: jemand, dem eine Gesellschaft beispielsweise gehört – am Ende selber drin wohnt, dann bestimmte Regeln gelten. Sind diese Regeln hier Ihrer Ansicht nach auf das Schlosshotel Igls anwendbar? *(Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensrichterin.)*

Paul Deutschmann, BA: Im Bereich der Renditemiete trifft das auch auf die Schlosshotel Igls zu. Bezüglich der verdeckten Ausschüttung trifft es nicht zu, weil wir hier eine Personengesellschaft haben. Das ist keine Kapitalgesellschaft, die sozusagen ihrem Gesellschafter irgendeinen Vorteil gewährt, sondern wir haben da eine andere Rechtsbeziehung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das bedeutet, dass die Miete der Signa gegenüber der Schlosshotel Igls GmbH 3 bis 5 Prozent des Anschaffungs- oder Herstellungswertes betragen muss. Richtig?

Paul Deutschmann, BA: Grundsätzlich ja im Bereich dieser Mietrendite, aber, wie gesagt, wir gehen ja bei der Prüfung einmal der Frage hinterher, ob es eine unternehmerische Tätigkeit ist oder nicht. Da ist diese Mietrendite nur ein Mosaikstein, da gibt es noch mehrere Komponenten, die da berücksichtigt werden müssen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich würde Sie bitten, ein bisschen mehr auf diesen Mosaikstein einzugehen. Wurde diese Renditemiete erzielt? Hat die Signa so viel gezahlt, wie der Erlass des Bundesministeriums für Finanzen vorsieht?

Paul Deutschmann, BA: Nach unseren Berechnungen hat sie sich in dieser Bandbreite bewegt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Eher bei 3 oder eher bei 5 Prozent der Herstellungskosten?

Paul Deutschmann, BA: Eher am unteren Ende.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 34

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Aber jedenfalls drüber?

Paul Deutschmann, BA: Jedenfalls in der Bandbreite.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dieser Erlass bezieht sich ja auf die Fremdüblichkeit von solchen Verhältnissen, von solchen Rechtsverhältnissen. Ist die Fremdüblichkeit nur in Bezug auf die Miethöhe oder in Bezug auf die gesamte Ausgestaltung des Mietvertrages herzustellen? *(Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensrichterin.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Das ist eine rechtliche Frage. Vielleicht kann man das irgendwie anders formulieren.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Wie ist Ihrer Wahrnehmung nach dieser Erlass zu interpretieren – oder in Ihrer Anwendung in Ihrer Tätigkeit –: Ist die Fremdüblichkeit nur auf die Miethöhe auszulegen oder auf das gesamte Mietverhältnis?

Paul Deutschmann, BA: Also das Prüfungsverfahren läuft noch, und ich kann Ihnen bestätigen, dass wir die Fremdüblichkeit in allen Richtungen überprüfen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Vielleicht auch für die Medien zum Verständnis: Fremdüblich bedeutet: so wie mit einem unbeteiligten Dritten. Wir kommen später noch aufs Chalet N, die haben über Jahre keine Miete gezahlt. Wenn ich in meiner Wohnung drei Monate keine Miete zahle, dann kommt die Räumungsklage. Ist das drittüblich, dass man jahrelang keine Miete zahlt? *(Die Vertrauensperson berät sich mit der Verfahrensrichterin.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Das ist eine Frage, die die Auskunftsperson wohl in dieser Form aufgrund des eigenen Tätigkeitsbereiches schwer beantworten kann.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Warum? *(Abg. Stögmüller: Warum?)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Weil es sich um einen Mitarbeiter der Finanz handelt, der wohl beurteilen wird, ob es fremdüblich ist, ob man dann Zinsen bezahlt oder nicht. – Aber bitte, schätzen Sie das ein: Frau Verfahrensrichterin, bitte schön.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 35

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich erläutere das gerne noch kurz: Wenn die Auskunftsperson jetzt, wenn ich sie richtig verstanden habe, ausgesagt hat, dass die Fremdüblichkeit in alle Richtungen zu überprüfen ist, dann wäre meine Frage: Ist die Fremdüblichkeit auch im Hinblick darauf zu überprüfen, wie dieser Mietvertrag ausgestaltet ist? – Das ist eine Kernfrage!

Meiner Ansicht nach, unserer Ansicht nach ist das, wenn ein Mietvertrag so ausgestaltet ist, dass man jahrelang keine Miete zahlt, nicht fremdüblich.

Deswegen würde mich die Ansicht des Prüfers interessieren. Warum Sie scheinbar in der laufenden Prüfung des Chalet N zur Auffassung gekommen sind - - - oder zumindest diese Feststellungen **nicht** getroffen haben, dass es sich hier **nicht** um Fremdüblichkeit handelt. Da würde ich schon um eine Beantwortung bitten – ich finde, das betrifft den Kern dieser Frage. *(Die Vertrauensperson berät sich mit der Verfahrensrichterin.)*

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Herr Abgeordneter, ich verstehe das wirklich und das ist eine interessante Frage – das würde mich auch interessieren –, aber das ist tatsächlich nicht etwas, was man den Finanzbeamten im Rahmen seines Prüfungsauftrages oder seiner Prüfungspflicht fragen kann, weil das einfach ein unternehmerisches Risiko ist. Sie werden auch einen privaten Vermieter finden, der vielleicht nicht jedem eine Räumungsklage nachschickt. Das ist einfach ein privates Unternehmerrisiko, und es liegt nicht in der Ingerenz des Herrn Finanzbeamten (*Abg. Shetty hebt die Hand*), zu beurteilen, warum ein Vermieter seine Vermieterrechte nicht wahrnimmt oder schon wahrnimmt.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Shetty, bitte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) *(zur Geschäftsbehandlung):* Frau Verfahrensrichterin, das sehe ich wirklich anders. Wenn man diesen Erlass durchliest – und wir haben uns eingehend damit befasst –, dann bezieht sich der auf die Fremdüblichkeit eines Vertragsverhältnisses, und meinem Verständnis nach ist es sehr wohl die Aufgabe des Prüfers



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 36

in der Finanz, zu prüfen: Ist ein Vertragsverhältnis fremdüblich?, und das bezieht sich nicht nur auf die Miethöhe.

Wenn er nämlich zur Auffassung kommt, es ist nicht fremdüblich, dann ist dieses Vertragsverhältnis aus Sicht der Finanzverwaltung nicht rechtsgültig. Deswegen macht es sehr wohl einen Unterschied. Und, Frau Verfahrensrichterin, ich glaube, dass hier bei der Fremdüblichkeit sehr wohl auf eine Durchschnittsbetrachtung abzustellen ist: Wie ist auf einem durchschnittlichen Mietmarkt - - Ist ein solches Vertragsverhältnis bei einem durchschnittlichen Vermieter möglich? – Ich kenne keinen Vermieter, der drei Jahre lang keine Miete verlangt, ohne eine Räumung.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Sie haben ja gefragt, wie die Auskunftsperson diesen Erlass für sich auslegen würde. Wenn Sie die Frage so stellen, ob diese Auslegung für die Auskunftsperson auch die Frage betrifft, ob eine Miete über längere Zeit bezahlt wird oder nicht, dann ist die Frage zulässig.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) (zur Geschäftsbehandlung): Jetzt habe ich die von Ihnen vorgeschlagene Formulierung nicht verstanden.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Sie haben ja zuerst gefragt, wie die Auskunftsperson diesen Erlass für sich auslegt. Und wenn Sie zum Beispiel fragen würden, ob in seiner persönlichen Auslegung auch die Frage von Mietrückständen erfasst ist, dann wäre die Frage zulässig.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Mhm. Dann formuliere ich die Frage so, wie es der Herr Vorsitzende gerade wiedergegeben hat. (Abg. **Hanger** – erheitert –: *Vielleicht könnten wir das öfter machen, Herr Vorsitzender!*)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Es geht jetzt um die Frage, ob Sie nur die Zinsen beurteilen oder auch die Frage, wie lange eine Miete nicht bezahlt wird. (Abg. **Hanger:** *Vielleicht könnten wir diesen Zugang öfter machen!*)



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 37

Paul Deutschmann, BA: Ich möchte darauf hinweisen, dass ja im Mietvertrag nicht vereinbart wurde, dass die Miete nicht zu zahlen ist. Also der Mietvertrag ist ja, sage ich einmal - -, da steht ja keine Vereinbarung, dass die Miete nicht bezahlt werden muss.

Aber ich kann ja dem Unternehmer da jetzt nicht vorschreiben, ob er die Miete eintreiben soll oder nicht, oder darauf verzichtet oder nicht. Ich kann nur sozusagen seine Handlung, wenn er die durchführt, dann beurteilen. Wenn er jetzt auf die Miete verzichtet, dann kann ich das schlussendlich dann in der Prüfung beurteilen, ob das fremdüblich ist oder nicht. (*Abg. Hanger: Die Mehrwertsteuer ist sowieso trotzdem geltend zu machen!*) Die Mehrwertsteuer für das Mietentgelt wurde abgeführt, und er hat den Mietertrag als Einnahme erklärt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Na gut. Das empfinde ich als interessante Auslegung dieses Erlasses.

Dann bleiben wir kurz beim Chalet N. Ich würde gerne Vorlage 5, Seite 5 vorlegen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Im Absatz „Würdigung Außenprüfung“ sagen Sie – das wurde heute schon erwähnt –, dass Sie meinen, ein Zinssatz von 2,5 Prozent wäre „wirtschaftlich angemessen“.

Nach UGB wäre in diesem Zeitraum ein Zinssatz von 8,58 Prozent angemessen gewesen. Wie sind Sie auf die 2,5 Prozent gekommen?

Paul Deutschmann, BA: Zu dem Zeitpunkt war eine Niedrigzinsphase, und wir waren der Meinung, im Zuge der Prüfung, dass nur für diesen Zeitraum sozusagen ein Zinssatz von 2,5 Prozent – das habe ich davor schon erwähnt –, und wir haben das auch dem Steuerberater kommuniziert, heranzuziehen ist.

Den UGB-Zinssatz, den Sie jetzt da nennen, den kenne ich nicht und den haben wir da in dem Fall nicht angewendet.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Hätte Benko zu dem Zeitpunkt bei der Tischlerei XY Schulden gehabt, hätte er fast 9 Prozent Zinsen zahlen müssen. Die Finanzverwaltung hat 2,5 Prozent festgelegt. – Aber das war eine Feststellung, keine Frage.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 38

Ich würde gerne wieder zum Schlosshotel Igls zurückkommen – Vorlage 3, Seite 1. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) In dieser E-Mail schreibt eine Frau Irene Binder-Holzer an Sie: „Bezüglich der Abtretung des Aktes an die Dienststelle Innsbruck sind wir mit der Verfahrensbetreuung in Kontakt, da wir nicht wissen, woran es liegt, dass der Akt noch immer bei uns ist.“

Wer ist die hier angesprochene Dame, und was hat es mit dieser Mail auf sich? (*Die Vertrauensperson berät sich mit der Verfahrensrichterin.*)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter, können Sie nur erläutern, wie das mit dem Untersuchungszeitraum zusammenhängt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich meine, das ergibt sich ja aus dem Text, aber ich kann es gerne erläutern: Es geht um die Prüfung der Schlosshotel Igls Betriebs GmbH. Es ist eine Mail vom 19. Februar 2024, kurz nachdem die Schlosshotel Igls von Wien nach Innsbruck übersiedelt ist. Die Auskunftsperson hat davor auf Frage des Kollegen Furlinger gesagt, dass sich dadurch an der Zuständigkeit nichts ändert. Und jetzt liegt uns hier also eine Mail vor, wo eine Mitarbeiterin der Finanzverwaltung schreibt, dass sie nicht weiß, warum der Akt noch bei ihnen liegt.

Ich würde gerne wissen, wer diese Mitarbeiterin ist und warum hier Zuständigkeiten fraglich gemacht wurden. – Ich glaube, eindeutiger geht es nicht.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Streng genommen ist es außerhalb des Untersuchungszeitraumes, aber Sie werden als erfahrener Mandatar sicherlich eine Formulierung finden, die den Zusammenhang klar herstellt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Na ja, die Schlosshotel ist zwischen Wien und Innsbruck hin- und hergewechselt, wieder nach Innsbruck gewechselt, nach Wien gewechselt, wieder nach Innsbruck gewechselt. Es ist schon absurd, dass eine Schlosshotel Igls GmbH ihren Sitz in Wien hat – das nur so nebenbei –, aber, ja, wir vermuten, dass es Auswirkungen auf die Prüfung hatte.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 39

Herr Kollege Förlinger hat gefragt, ob es Auswirkungen auf die Prüfung hatte, und Sie haben gemeint: gar keine. – Und hier tauchen jetzt Fragezeichen bezüglich einer möglichen Abtretung auf. Deswegen hätten wir gern diese Mail, die direkt an Sie adressiert ist, erläutert – auch wenn der Zeitpunkt der E-Mail nach dem Untersuchungszeitraum liegt; sie wurde ja auch geliefert.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Sie müssen das nicht beantworten, aber – ich sehe keinen - - ja, es ist Ihre Entscheidung, ob Sie die Frage beantworten oder nicht.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Herr Abgeordneter, wenn Sie das noch ein bisschen präzisieren, was Sie da jetzt gesagt haben: dass es hin- und hergewechselt ist. Es ist ja nicht das erste Mal gewesen, und daher kann man in dieser Art und Weise und in dieser Argumentation – ich habe schon in meiner Erstbefragung auf die Sitzverlegung - - - schon einen Zusammenhang herstellen, der möglich ist.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Gerne. Kollege Förlinger hat die Frage auch schon gestellt, und sie wurde zugelassen, aber ich mache es gerne noch einmal:

2018 ist die Signa von Wien nach Innsbruck gewechselt. Damit hat sich die Zuständigkeit in der Finanzverwaltung geändert. Der medialen Berichterstattung ist zu entnehmen, dass sich der Steuerbescheid zugunsten von René Benko entwickelt hat. Das ist auch bei 25 anderen Signa-Firmen passiert – und ebenso bei dieser Firma, zwar nach dem Untersuchungszeitraum, aber im engen Zusammenhang mit René Benko, einem Milliardär, der ohne Frage Gegenstand der Untersuchung in diesem Untersuchungsausschuss ist. Deswegen würde ich Sie bitten, die Frage zu beantworten. *(Die Vertrauensperson berät sich mit Verfahrensrichterin und Vorsitzender-Vertreter.)*

Paul Deutschmann, BA: Zu Ihrer ersten Frage: Frau Binder-Holzer Irene ist eine Teamleiterin in der Dienststelle 03 des Finanzamtes Österreich. In deren Team wurde der Akt, die Schlosshotel Igls Betriebs GmbH & Co KG, geführt – bis zur beantragten Abtretung durch das Unternehmen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 40

Ich habe zuvor schon darauf hingewiesen, dass es durch die Abtretung keine Änderung bei den Prüfungsorganen gegeben hat. Also diese Zuständigkeit der Prüfung ist weiterhin beim Finanzamt für Großbetriebe verblieben.

Wir wollten aber darauf hinweisen: Es hat **eine** Sitzverlegung gegeben. Also der Sitz war in Wien, nach meinem Wissensstand seit Beginn, und die Abtretung ist dann eben im Jahr 2024 beantragt worden.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und die Dienststelle 03, wo ist die?

Paul Deutschmann, BA: Die Dienststelle 03, das war das ehemalige Finanzamt Wien 3/6/7/11/15 Schwechat Gerasdorf.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Die Schlosshotel Igls GmbH hat also einen Abtretungsantrag gestellt. Habe ich Sie richtig verstanden?

Paul Deutschmann, BA: Die Schlosshotel Igls – soweit mir bekannt ist – hat ihren Sitz verlegt, von Wien nach Innsbruck, und hat dann sozusagen - - oder dann wurde sozusagen in der Dienststelle des Finanzamtes die Abtretung veranlasst. Das geht dann elektronisch.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Von Wien nach Innsbruck?

Paul Deutschmann, BA: Von der Dienststelle 03 in die Dienststelle 81.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Die Dienststelle 81 ist wo?

Paul Deutschmann, BA: Dienststelle 81 ist Innsbruck.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Wer bewilligt jetzt die UVA-Auszahlungen?

Paul Deutschmann, BA: Die UVA-Auszahlungen oder die UVA-Verbuchungen: ist die Dienststelle 81, das betreffende Team zuständig, aber in enger Abstimmung mit der Betriebsprüfung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Also jetzt alles in Innsbruck vereint, sozusagen?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 41

Paul Deutschmann, BA: Ich bin ja am Standort Innsbruck tätig, aber für das Finanzamt für Großbetriebe, das sozusagen österreichweit zuständig ist. Also ich habe sozusagen - - ich bin ja nicht in dem Einflussbereich der Dienststelle 81, sondern ich bin beim Finanzamt für Großbetriebe, Standort Innsbruck, beschäftigt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Aber nach dieser Abtretung wird Frau Irene Binder-Holzer Sie nicht mehr bezüglich Freigaben kontaktieren, richtig?

Paul Deutschmann, BA: Das ist richtig, weil sie nicht mehr zuständig ist.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Sondern Innsbruck?

Paul Deutschmann, BA: Sondern Innsbruck.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Haben Sie bezüglich der Schlosshotel Igls GmbH jemals Kontakt mit Fachvorstand Bruno Knapp gehabt?

Paul Deutschmann, BA: Ich habe insofern Kontakt mit ihm gehabt, dass ich ihn über die Sitzverlegung informiert habe, oder die - - ja, die Sitzverlegung. Also ich bin von der Dienststelle 03 kontaktiert worden und mir wurde mitgeteilt, dass eben die Sitzverlegung von der Schlosshotel Igls erfolgt ist; und ich habe dann den Fachvorstand per Mail darüber informiert.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Per E-Mail oder telefonisch?

Paul Deutschmann, BA: Vorab – soweit mir erinnerlich ist – telefonisch, und ich habe ihm dann das E-Mail, das ich von der Dienststelle 03 erhalten habe, weitergeleitet.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Vorlage 4, Seite 1. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: 6 Sekunden.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Was ist das für ein Dokument und warum schreibt hier Bruno – ich nehme an Bruno Knapp –:



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 42

„Hallo Richard, hab mit Deutschmann [...] telefoniert

Wird im Zuge der BP erledigt, nichts machen

LG

Bruno“? *(Die Vertrauensperson berät sich mit der Verfahrensrichterin.)*

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Die Auskunftsperson weist wieder darauf hin, dass es ein Dokument aus März 2024 ist. Haben Sie eine Vorstellung, wie man es in den Untersuchungszeitraum bringen könnte?

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Bitte nur ganz kurz, weil die Zeit eigentlich - - Zur Geschäftsordnung, bitte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) *(zur Geschäftsbehandlung):* Also die Prüfung der Schlosshotel zieht sich ja über einen langen Zeitraum und zieht sich natürlich über einen Zeitraum, der zum Großteil in den Untersuchungsgegenstand fällt. Wenn hier jetzt Herr Bruno Knapp, den wir später auch hören werden – gegen den, wie am Freitag bekannt wurde, ein Strafverfahren wegen Amtsmissbrauchs bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck anhängig ist –, nach der Sitzverlegung solche E-Mails schreibt – und dazu gibt es auch noch mehr, dazu werden wir Herrn Knapp dann befragen –, dann, glaube ich, ist das sehr wohl für den Untersuchungsgegenstand relevant, nämlich zur Frage, ob es hier eine Bevorzugung von René Benko gab, für den Prüfungszeitraum, der in den Untersuchungsgegenstand fällt.

Paul Deutschmann, BA: Also das hat insofern zu tun - -, dass – in meiner Erinnerung – eine Umsatzsteuervoranmeldung eingereicht wurde. Da geht es darum: um eine Umsatzsteuerberichtigung aufgrund des Insolvenzverfahrens der Mieterin. Und bei der Information an Herrn Knapp, dass eben die Schlosshotel Igls an den Standort Innsbruck abgetreten wurde, habe ich ihn ersucht oder ihm mitgeteilt, dass wir ja noch in Prüfung sind



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 43

und wir das überprüfen werden, diese eingereichte Umsatzsteuervoranmeldung. Und damit sozusagen das BV-Team nicht von sich aus da tätig wird, habe ich ihm mitgeteilt, dass wir das im Zuge der Nachschau, die mit der Außenprüfung erfolgt, überprüfen werden.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Damit kommen wir zur zweiten Fragerunde.

Zu Wort gelangt Abgeordneter Furlinger. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Herr Deutschmann, ich darf noch einmal einen Standortwechsel machen, zur Muxel Berggasthof Schlössle GmbH. Dazu hat zwar Kollegin Schmidt schon einiges gefragt, bei Lesung ist aber auffällig, dass es sich ja um eine Wiederaufnahme eines Verfahrens gehandelt hat, weil offenbar irgendwelche Körperschaftsteuerbescheide 2017 bis 2019 nicht richtig gewesen wären. Was haben Sie dazu für Wahrnehmungen?

Paul Deutschmann, BA: Die Wiederaufnahme ist Ausfluss meiner Prüfungsfeststellung oder meiner Prüfungsfeststellungen in diesem Prüfungszeitraum. Das ist so vorgesehen, dass dann der Körperschaftsteuerbescheid wieder aufgenommen wird, im Zuge der abgabenbehördlichen Prüfung nach § 303 Abs. 1 BAO. Und ja, das war Ausfluss meiner Prüfung, diese Wiederaufnahme der Steuerbescheide.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Was waren die Feststellungen, die dann zur Wiederaufnahme geführt haben?

Paul Deutschmann, BA: Die Feststellungen waren die Gewinnerhöhung durch die Verzinsung dieser nichtbezahlten oder dieser ausstehenden Mietforderungen. Und eine zweite Feststellung, soweit ich mich erinnern kann, war der Verlustvortrag, der wurde falsch berücksichtigt. Und ein Verlustvortrag ist von Amts wegen richtig festzusetzen und den habe ich im Zuge dieser Prüfung mit erledigt.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Ich habe dann eigentlich zu der Sache nur noch eine eher abschließende Frage: Gab es in diesem Zusammenhang mit dieser Prüfung oder mit



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 44

der Wiederaufnahme der Prüfung irgendeine Intervention bei Ihnen oder Meldungen bezüglich einer vorteilhaften Behandlung dieser Bergschlössle GmbH oder Chalet N – wie man es auch nennt – oder irgendwelcher anderer Benko-Firmen in diesem Einzugsbereich? Hat da jemand bei Ihnen interveniert?

Paul Deutschmann, BA: Also bei meinen Prüfungen habe ich überhaupt keine Intervention wahrgenommen.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Das Steuerverfahren ist aber für diese GmbH jetzt abgeschlossen, oder? Für das Muxel Bergschlössle?

Paul Deutschmann, BA: Die Prüfung Muxel Berggasthof Schlössle ist abgeschlossen. Sie umfasst ja den Prüfungszeitraum 2017 bis 2019.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Danke. Ich nehme in die letzte Runde mit.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Schmidt. – Bitte schön.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Gut, ich bleibe noch einmal kurz bei der Firma Muxel. Können Sie erläutern beziehungsweise haben Sie geprüft, ob es sich um eine verdeckte Gewinnausschüttung handelt, wenn einerseits jahrelang Mieten nicht bezahlt wurden und wir andererseits auch wissen, dass das Haus hauptsächlich privat genutzt wurde – denn anders kann man sich die geringen Erlöse auch nicht erklären und wir sehen es auch in den Gästelisten?

Paul Deutschmann, BA: Also ich möchte darauf hinweisen, dass ich ja nur die Besitzgesellschaft geprüft habe, also nicht die Signa Luxury GmbH, die dann die Vermietungen an Personen durchgeführt hat. Und eine verdeckte Gewinnausschüttung war bei meiner Prüfung Muxel Berggasthof Schlössle – - habe ich keine festgestellt beziehungsweise irgendwelche Wahrnehmungen dazu.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen dazu, ob irgendjemand anderes die Signa Luxury geprüft hat?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 45

Paul Deutschmann, BA: Soweit mir bekannt ist, ist die Signa Luxury noch in Prüfung.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Haben Sie dann Ihre Wahrnehmungen aus der Muxel GmbH an die zuständige - -, also an diejenigen, die die Luxury prüfen, weitergegeben? Gibt es da einen Austausch?

Paul Deutschmann, BA: Der Austausch war insofern, dass ich da mitgeteilt habe, dass bei der Muxel Berggasthof Schlössle eben Zinsen berücksichtigt worden sind und die eventuell auch bei der Signa Luxury zu berücksichtigen wären.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Aber die Verbindlichkeiten zwischen der Signa Luxury und der Muxel, die mittlerweile auf 9,7 Millionen angewachsen sind, sind sozusagen kein Teil dieses Austauschs gewesen?

Paul Deutschmann, BA: Ich habe ja nur den Prüfungszeitraum 2017 bis 2019. Was danach passiert ist, fällt nicht mehr in meine Zuständigkeit und da habe ich auch keine Wahrnehmungen.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Könnten Sie uns nur sagen, wer die Signa Luxury genau prüft momentan? *(Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson, Verfahrensrichterin und Vorsitzender-Vertreter.)*

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich würde einfach nur nochmal auf die medienrechtlichen Verpflichtungen der Nichtnennung von Namen hinweisen, aber ansonsten würde ich keine Bedenken gegen die Beantwortung dieser Frage haben.

Paul Deutschmann, BA: Aktuell – soweit mir bekannt ist – ist es Kollege S. B.⁵ vom Finanzamt für Großbetriebe.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Danke schön.

Dann würde ich noch einmal kurz das Thema wechseln. Sie haben im März 2023 um Amtshilfe in Italien angefragt, basierend auf italienischen Zeitungsartikeln aus dem Jahr 2018,

⁵ Angenommene Einwendung der Auskunftsperson: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 46

die einen massiven Steuerbetrug im Zusammenhang mit dem Verkauf von Immobilien in der Nähe des Gardasees vermutet haben. Wieso sind Sie davon ausgegangen, dass das für Ihre Prüfungen der Benko-Unternehmen Relevanz hat? *(Die Auskunftsperson berät sich mit der Verfahrensrichterin.)*

Paul Deutschmann, BA: Also das, was Sie ansprechen, betrifft eine aktuelle Prüfung einer Gesellschaft, die im Nahebereich der Laura Privatstiftung ist. Aber diese Unterlagen wurden Ihnen ja nicht vorgelegt – und betrifft eine laufende Prüfung.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Ich habe nicht nach den Ergebnissen gefragt, sondern ich habe gefragt, warum Sie sozusagen um Amtshilfe angesucht haben, warum eigentlich alte Zeitungsartikel aus 2018 2023 zu diesem Amtshilfeersuchen führen. *(Abg. Krainer: Das ist eine Wiederholung der Frage!)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: In dem Fall ist es – ich bitte um Verständnis – nicht wirklich eine Wiederholung der Frage. Es ist eh noch genug Zeit. Wir werden gut auskommen. *(Zwischenruf der Abg. Schmidt. – Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson, Verfahrensrichterin und Vorsitzender-Vertreter. – Abg. Schmidt: Sollen wir das Dokument vorlegen?)*

Das ist jetzt eine sehr heikle Sache. Wir dürfen jetzt nicht durch unsere Tätigkeiten einen Vorgang gefährden, der möglicherweise von erheblicher Bedeutung sein könnte. – Frau Verfahrensrichterin, bitte.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Frau Abgeordnete, wenn Sie das Dokument vorlegen, das wir eh kennen, das ich auch kenne, wo es einfach darum geht, dass dieses Amtshilfeersuchen gestellt wurde - - *(Abg. Schmidt nickt.)* – Ja. Die Auskunftsperson wendet jetzt nur ein, dass – ich würde es sie sogar lieber in eigenen Worten sagen lassen – die Frage nicht beantwortbar ist, ohne dieses laufende Verfahren – von dem teilweise der Abgabepflichtige noch gar nichts weiß und das alles nicht weiß – zu gefährden, es dies gefährden könnte.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 47

Paul Deutschmann, BA: Also die Ermittlungen betreffen ein laufendes Prüfungsverfahren. Dazu haben wir auch einen – wir nennen das – Vorhalt, also einen Fragenkatalog an die Partei gestellt. Der ist bis dato noch nicht beantwortet worden. Und ich darf bitten, dass ich dazu keine Aussage treffe, weil das eventuell das Prüfungsergebnis beeinflusst. *(Vorsitzender-Vertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Wir könnten das immer noch in einer nicht-öffentlichen Sitzung danach machen, wenn das immer noch von Bedeutung ist, wenn wir die zweite Fragerunde beendet haben.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Dann hebe ich mir die Frage auf.

Herr Deutschmann, kennen Sie das Projekt HNWI von Kollegen Lochmann aus der Großbetriebsprüfung? Haben Sie Wahrnehmungen zu diesem Projekt?

Paul Deutschmann, BA: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Es macht ein bisschen den Eindruck, als ob sehr vermögende Personen, wie René Benko, ihr Luxusleben insgesamt – also ihr Wohnhaus, ihr Wochenendhaus, ihr Flugzeug et cetera – in Unternehmen auslagern, dort Vorsteuer geltend machen können und Verluste, die entstehen, dann potenziell in ihrer Einkommensteuer gegenrechnen können. Jetzt wäre meine Frage, ob Sie aus Ihrer Prüfung Wahrnehmungen dazu haben, ob es bei Benko noch mehrere solche Konstrukte gibt, die man gemeinhin als Luxusgut definieren würde. *(Die Vertrauensperson berät sich mit Verfahrensrichterin und Vorsitzender-Vertreter.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Wenn es geht: die Frage ein bisschen bestimmter formulieren!

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Gibt es Yachten, Hubschrauber und so weiter, zu denen Sie aus der Prüfung Wahrnehmungen haben? *(Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson, Verfahrensrichterin und Vorsitzender-Vertreter.)*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 48

Paul Deutschmann, BA: Also Wahrnehmungen insofern, wenn ich eine Gesellschaft prüfe und sozusagen - - Das ist ja das Recht des Unternehmers, wenn er seiner Meinung nach irgendwas beantragt oder geltend macht. Das habe ich dann zu überprüfen. Aber diese Fragen hinsichtlich Jacht oder so, das kenne ich aus der Presse, aber bei meinen Prüfungen kann ich nur - - habe ich keine Wahrnehmungen diesbezüglich.

Hinsichtlich der Villa N, die ja von mir in Prüfung ist, dazu habe ich Wahrnehmungen.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Jetzt hat Sanierungsverwalter Grossnigg medial gesagt, er glaubt, Benko hat die Struktur gewählt, um Steuern zu optimieren, und er spricht auch davon, dass es eine Selbstanzeige von einer Steuerberatungskanzlei gibt. Haben Sie zu dieser Selbstanzeige Wahrnehmungen?

Paul Deutschmann, BA: Zu dieser Selbstanzeige habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Kennen Sie Thomas Schmid? Haben Sie ihn je getroffen?

Paul Deutschmann, BA: Thomas Schmid habe ich nie getroffen, kenne ihn nur aus der Presse.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Und kennen Sie René Benko persönlich? Haben Sie ihn je getroffen?

Paul Deutschmann, BA: Mhm. Ich habe ihn einmal getroffen und zwar war das beim Auftakt der letzten Prüfung, mir Erinnerung am 30.9.2020. Da hat Herr Benko uns die Signa-Gruppe vorgestellt.

Da waren anwesend: Herr Benko, einige Geschäftsführer der Signa-Gesellschaften, die Steuerberater und unser Prüfteam.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Danke, ich nehme die Zeit mit.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Ries, bitte schön.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 49

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Herr Deutschmann, ich will auf den Tuchlaubenprozess zurückkommen. In weiterer Folge waren Sie ja auch in die Prüfung involviert. Da hatten wir am 7. März den Finanzvorstand vom Finanzamt Wien 1/23 hier, der uns gesagt hat: Aufgrund des Ankaufs, Weiterverkaufs an die Sicar in Luxemburg beziehungsweise Weiterverkauf dieser Sicar – dieses Gebäudes in Luxemburg – wäre ein Gewinn von 50 Millionen Euro entstanden. Das sehe er als Bemessungsgrundlage der Steuervorschreibung. In weiterer Folge wissen wir aber, dass von der Signa-Gruppe 36 Millionen als Bemessungsgrundlage angesehen wurden.

Jetzt habe ich den Herrn Kollegen L. - - Wissen Sie, wen ich meine? – Mag. L. – obwohl, den Namen kann man ja jetzt eh sagen: Löffler – hat gesagt, er kommt immer nur auf diese Bemessungsgrundlage. Dann habe ich ihn gefragt: Und wie kommt dann Innsbruck auf 36? Hat er gesagt: Das müssen Sie die Kollegen in Tirol fragen. – Das mache ich jetzt: Wie kommen Sie darauf? Oder wie kommt das Finanzamt in Tirol auf die veränderte Bemessungsgrundlage?

Paul Deutschmann, BA: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen, weil ich in diesen Prüfungsfall nicht involviert war. Also dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Es wurde dann in Innsbruck lediglich der Bescheid ausgestellt?

Paul Deutschmann, BA: Vermutlich, das kann ich - - Ich war in dieses Verfahren nicht involviert, ich kann dazu nichts sagen. Ich kenne es sozusagen nur aus den Medien und auch aus dem vorhergehenden Untersuchungsausschuss.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Dann nehme ich die Restfragezeit in die letzte Runde mit.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Tomaselli, bitte schön.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Dann würde ich gerne nochmals 63993 vorlegen, bitte. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 50

Sie haben sich ja vorhin darauf bezogen, dass die Umsatzsteuerauszahlungen auf Basis der Prognoserechnung erfolgt sind, und ich habe ja die Konsistenz ins Treffen geführt. Hier zum Beispiel, in dieser Prognoserechnung, gibt es kein Mietausfallwagnis, korrekt?

Paul Deutschmann, BA: Das ist korrekt.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Dann ist allgemein eine Prognoserechnung etwas inkonsistent, oder ist das üblich, dass das in eine Prognoserechnung kommt?

Paul Deutschmann, BA *(in den Unterlagen blätternd)*: Ja, also, ich möchte nur dazu sagen: Wir prüfen auch jetzt in dem laufenden Prüfungsverfahren diese Prognoserechnungen. Das ist auch Thema in der Prüfung.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Ja, aber es wäre ja logischer, wenn man es im Vorhinein prüft. Die anderen Prognoserechnungen, die ja dann nachgereicht worden sind, fußen ja darauf, dass das Ganze ein Small-Luxury-Hotel wird. Nämlich nach 15 Jahren, nachdem Benko es bewohnt hat, gibt es dann plötzlich einen sprunghaften Anstieg an Mieteinnahmen, wobei im Übrigen die Kosten in der Prognoserechnung sinken; und auf der Basis haben Sie ausbezahlt – richtig?

Paul Deutschmann, BA: Ich habe nicht ausbezahlt, sondern das Finanzamt macht das.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Wir haben noch weitere Kuriositäten gefunden, die eigentlich meiner Meinung nach dazu führen hätten müssen, dass nicht ausbezahlt wird. Ich möchte 64105 vorlegen. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt. – Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

Es gibt noch mehrere Mails von denen. Das Interessante ist, dass die Buchhaltung der Signa, die ja eigentlich die Mieterin ist, die Umsatzsteuervoranmeldung für die Vermieterin, die Schlosshotel Igls macht.

Wir haben kein Mail dazu gefunden, dass sich irgendjemand daran gestört hätte. *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 51

Paul Deutschmann, BA: Könnten Sie bitte eine Frage dazu definieren?

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Bitte schön.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Sind Ihnen diese Umsatzsteuervoranmeldungen, die von der Mieterin für die Vermieterin, also die Signa, getroffen werden, bekannt? Und wieso haben Sie sich nicht daran gestört?

Paul Deutschmann, BA: Also soweit mir bekannt ist, hat sich die Schlosshotel Igls der Infrastruktur der Signa Holding bedient. Also die Buchhaltung wurde meines Wissen nach bei der Signa - - oder ob es Signa Holding ist, weiß ich jetzt nicht genau, sondern im Signa-Konzern durchgeführt. Und dann werden wahrscheinlich die Voranmeldungen von dieser erstellt worden sein.

Das Mail, das vorliegt, ist vor meinem Prüfungszeitraum.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Bevor Sie die nächste Frage stellen, Info an alle: Die halbe Befragungszeit wäre um 12.36 Uhr beendet. Also wir müssen uns überlegen, wie wir dann weitermachen oder ob wir weitermachen. – Bitte schön.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Dann ist uns ja noch aufgefallen, dass der Geschäftsführer der Schlosshotel Igls ein gewisser Marcus Mühlberger ist, und der ist ja gleichzeitig im Signa-Holding-Vorstand. Also er ist Vermieter und Mieter gleichzeitig. Ist das kein Interessenkonflikt?

Paul Deutschmann, BA: Er ist nur Vertreter der Gesellschaft. Das kommt hin und wieder vor, aber ich würde jetzt daraus nichts Ungewöhnliches schließen.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Dann ist ja in diesem Wohnhaus eine Sicherheitszentrale untergebracht. Wie üblich ist das, dass in einem Wohnhaus Sicherheitszentralen untergebracht werden, und was hat das für Auswirkungen für die Vermietung? Ist das geprüft worden?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 52

Paul Deutschmann, BA: Also ich kann nur darauf hinweisen, dass das noch ein laufendes Prüfungsverfahren ist, das wird alles noch geprüft oder wurde geprüft oder ist noch in Prüfung. Die Sicherheitszentrale ist auch ein Thema hinsichtlich des Mietentgelts, und um welche Sicherheitszentrale es sich dabei genau handelt. Also ich darf um Verständnis bitten, dass wir da noch im Ermittlungsverfahren sind.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Dann möchte ich gerne Beilage 7 vorlegen. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Das ist ein „Standard“-Bericht aus dem Jahr 2018, wo es eben um den Bau des neuen Schlosshotel Igls geht, also der Privatvilla. „Die Protokolle sind nicht öffentlich zugänglich, da es sich um ein privates Bauprojekt handelt. Auch seitens Benkos Sprecher ist nichts zu dem geplanten Neubau zu erfahren.“ Hier sagt ein Signa-Sprecher – Zitat –: „Es handelt sich bei diesem Objekt um ein Privathaus und nicht um ein öffentlich genutztes oder zugängliches Objekt“. Aber ist ja offiziell nachher steuerrechtlich als Hotel geführt, nicht als Privathaus. Es gehört Benko offiziell ja gar nicht.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Eine Frage würde er noch brauchen. *(Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.)*

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Wieso haben Sie zum Beispiel diesen Artikel nicht zum Anlass genommen, 2018 oder 2019 zu prüfen, ob das Betriebskonzept tatsächlich richtig ist beziehungsweise ob es sich um eine Umgehungskonstruktion handelt? *(Die Vertrauensperson berät sich mit der Verfahrensrichterin.)*

Paul Deutschmann, BA: Das liegt nicht in meinem Zuständigkeitsbereich. *(Die Vertrauensperson berät sich mit Verfahrensrichterin und Vorsitzender-Vertreter.)* Also ich kann nicht auf jeden Zeitungsartikel reagieren und dann sagen: Ich will das prüfen! Das ist ja nicht meine Aufgabe. Ich bekomme die Prüfungsfälle zugeteilt und habe sie dann entsprechend durchzuführen. Ob wer geprüft werden soll oder nicht, das ist nicht meine Zuständigkeit.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Aber es ist ein starkes Indiz dafür, dass es sich um eine Umgehungskonstruktion handelt, richtig? *(Die Vertrauensperson wendet sich an die*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 53

Verfahrensrichterin. – Abg. **Stögmüller**: Kann sich die Auskunftsperson ein bisschen beruhigen? Das ist ja - - Ah, Vertrauensperson!)

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Es wäre vieles von dem, was Sie mir sozusagen sagen oder was mir die Auskunftsperson sagt, durchaus als akzeptable Antwort zu geben, die auch vielleicht verständlich formuliert werden könnte. Das müsste jetzt gar nicht emotional sein, sondern Herr Deutschmann das tatsächlich so erklären kann. Ich bin der Meinung, das könnte man dann durchaus auch so als Argument akzeptieren oder als die Grenzen seiner Prüfpflicht oder Möglichkeiten und so weiter.

Vielleicht dürfte ich Sie bitten, das Letzte, was jetzt gesagt worden ist, noch einmal laut als Teil der Antwort zu geben: Wenn das Teil des Prüfauftrags wäre, dann - - (Abg. **Stögmüller**: Das ist ja die Vertrauensperson, nicht die Auskunftsperson! Die soll einfach nur ruhig dasitzen!) – Ja, er darf ihn natürlich schon beraten, über Fragen. Er darf sich immer an mich wenden, das lese ich ihm vorher vor, und es werden mir dann immer Sachen gesagt, die ich sozusagen besser als Antwort empfinden würde. (Abg. **Tomaselli** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Tomaselli. – Bitte schön.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Entschuldigung, zur Geschäftsbehandlung: Ich möchte einfach nur noch einmal darauf hinweisen: Hier geht es um 12 Millionen Euro an Umsatzsteuern, die einfach ausbezahlt worden sind, die man jetzt wieder eintreiben muss, obwohl es ganz viele Hinweise darauf gab, dass es sich um eine schlichte Umgehungskonstruktion handelt, dass die Prognoserechnung, so, wie sie vorgelegt worden ist, einfach nicht konsistent gewesen ist, und man trotzdem ausbezahlt hat.

Im letzten vorgelegten „Standard“-Artikel vom Jahr 2018 sagt ein Signa-Sprecher, es handle sich um ein Privathaus von Benko. In der Realität, wie man es dem Finanzamt nämlich vorgelegt hat, geht es hier um die völlig unabhängige Schlosshotel, die an die Signa Holding vermietet, die das wiederum als Dienstnehmerwohnung hergibt. Das ist schon ein sehr, sehr starkes Indiz dafür, dass es eine Umgehungskonstruktion ist.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 54

Es ist, glaube ich, total nachvollziehbar, wieso wir wissen wollen: Wieso sind solche Fakten nicht einfach frühzeitig geprüft worden, nämlich bevor das ganze Geld ausgezahlt wird? Wir sind hier im Jahr 2018, die großen Auszahlungen der Umsatzsteuern sind erst im Jahr 2021/2022 erfolgt, da sind die Millionen geflossen, das hätte man alles frühzeitig erkennen können.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Die Frage ist ja deswegen auch zugelassen. Die Zeit ist in 2 Minuten um. Gibt es Bedarf für eine Stehung? Soll verlängert werden? (*Abg. Tomaselli: Nein, er soll einfach antworten!*) – Bitte, dann machen wir noch diese Antwort, und dann müssen wir entscheiden, ob wir weitermachen oder nicht.

Herr Deutschmann, Sie müssen sich mit der Frage nicht an uns wenden, Sie müssen das einfach nur beantworten. Das, was Sie uns da permanent sagen, können Sie einfach antworten. Sie können einfach sagen: Zeitungsartikel sind keine Anweisungen für mich und so weiter, aber die Frage ist zulässig.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Darf ich?

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Bitte.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich möchte nur dazu noch einmal sagen: Wenn Sie sich das als Staatsbürger anhören, dann werden Sie vielleicht zugestehen müssen, dass jemand, der nicht im Finanzamt arbeitet, das als berechtigte Frage ansieht; dass man sagt, über Jahre hat es hier schon Zweifel gegeben. Das kann man als Staatsbürger und als Öffentlichkeit durchaus verstehen, dass diese Fragestellung angemessen ist. Wenn Sie jetzt erklären können, wo die rechtlichen oder faktischen Grenzen oder Möglichkeiten des Finanzamtes sind, dann bitte ich Sie, das so darzulegen.

Die Frage an sich, die Fragestellung an sich ist von öffentlichem Interesse und nachvollziehbar. Wenn das aus verschiedenen rechtlichen Gründen vielleicht nicht so ist, würde ich Sie bitten, uns das dann so zu erklären.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 55

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Da jetzt aber die Zeit um ist, müssen wir uns kurz darüber unterhalten, wie wir weitermachen. Ich **unterbreche** jetzt die Sitzung, wir machen eine kurze Stehung, und dann geht es weiter.

(Sitzungsunterbrechung: 12.36 Uhr bis 12.40 Uhr.)

12.40

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und wir setzen fort.

Ich darf nun die Auskunftsperson ersuchen, die letzte Frage von Frau Abgeordneter Tomaselli zu beantworten. *(Zwischenruf des Abg. Stögmüller.)* – Ja, aber ihre Frage wurde noch nicht beantwortet. Die ist noch offen, ja.

Paul Deutschmann, BA: Also ich kann jetzt nicht auf einen Zeitungsartikel reagieren und dann eine Prüfung anordnen, das ist nicht in meinem Zuständigkeitsbereich. Und dieser Zeitungsartikel ist mir bekannt, den haben wir auch in der Prüfung thematisiert.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Und wieso ist die pfandrechtliche Sicherstellung erst im Dezember erfolgt, nachdem die Insolvenz von der Signa Holding schon angemeldet worden ist?

Paul Deutschmann, BA: Weil es früher keine Anzeichen gegeben hat, dass irgendwelche Abgabenausfälle drohen. Weil: Wir müssen immer zurückblicken zu dem Zeitpunkt, wo ich geprüft habe – oder noch prüfe –, bevor das überhaupt bekannt geworden ist, dass der größte Immobilienkonzern Europas insolvent wird. Das war davor überhaupt kein Thema, da ist ja jeder davon ausgegangen, dass das potente Firmen sind. Da war ja dieser drohende Abgabenausfall überhaupt kein Thema.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Shetty. – Bitte.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 56

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich muss jetzt noch einmal eine Antwort von Ihnen aufgreifen, die so ein bisschen unter den Tisch gefallen ist, nämlich Ihre Antwort auf die Frage der Kollegin Schmidt. Habe ich das richtig verstanden, dass es 2020 ein Treffen zwischen Ihnen und Kollegen aus Ihrem Team mit René Benko gab?

Paul Deutschmann, BA: Ja, das stimmt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Wo hat dieses Treffen stattgefunden?

Paul Deutschmann, BA: Das Treffen hat in Innsbruck in der Maria-Theresien-Straße am Sitz der Signa Prime Selection oder in den Büroräumlichkeiten der Signa-Gesellschaften im Büro von Herrn Benko stattgefunden.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Jetzt haben Sie davor gesagt – ich zitiere Sie –: Herr Benko hat dabei „die Signa-Gruppe vorgestellt“. Aber: Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, haben Sie die Signa-Gruppe nie geprüft, oder?

Paul Deutschmann, BA: Ich habe Teile oder Signa-Gesellschaften auch geprüft.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Was war der Betreff dieses Treffens? Ist es normal, dass sich ein Steuerpflichtiger mit einem ganzen Prüftteam in der Firmenzentrale trifft, ohne einen bestimmten Zweck?

Paul Deutschmann, BA: Es war nicht ein unbestimmter Zweck, sondern der Zweck war, dass uns die Signa-Gruppe in den verschiedenen Bereichen vorgestellt wird, weil wir eben schon die Organigramme gesehen haben und da natürlich gesehen haben, dass das sehr umfangreich ist. Es wurde uns angeboten, dass uns dann der Signa-Konzern vorgestellt wird, damit wir wissen, welche Bereiche der Signa-Konzern abdeckt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dazu komme ich gleich noch einmal. Können Sie, soweit erinnerlich, namentlich nennen, wer bei diesem Treffen dabei war?

Paul Deutschmann, BA: Soweit mir erinnerlich: Herr Benko, Dr. Marcus Mühlberger als einer der Geschäftsführer von Signa-Firmen, dann aus der Steuerberatungskanzlei TPA Frau



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 57

Mag. Fuhrmann und Dr. Lang, von der Wirtschaftstreuhand Tirol ein Steuerberater, Mag. Peter Pfleger; von meinem Prüfteam waren dabei: der Teamleiter, Mag. A. W., und meine Prüferkollegen H. W., M. S.⁶ und K. G.⁷.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): In Ihrer Erinnerung und Ihrer Wahrnehmung: War das ein normales Treffen? Kommt so etwas regelmäßig vor, dass Milliardäre sich mit – ohne despektierlich zu sein – einfachen Finanzbeamten, mit Prüferinnen und Prüfern treffen, um ihre Unternehmensgruppe vorzustellen?

Paul Deutschmann, BA: Das ist nicht alltäglich, aber, ich sage einmal, in diesem Konnex dieser Größe war es für uns nicht uninteressant zu erfahren, wie der Signa-Konzern in die verschiedenen Bereiche aufgeteilt ist.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und wie kann man sich das Setting dieses Termins - - War das ein Mittagstermin, ein Abendtermin, wie lang hat der ungefähr gedauert? *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)*

Ich frage, damit man es sich vorstellen kann: War das an einem Bürotisch in der Signa-Zentrale oder war das ein Abendessen, ein Mittagessen?

Paul Deutschmann, BA: Also soweit mir erinnerlich, war, glaube ich, der Beginn um 11 Uhr in den Büroräumlichkeiten der Signa-Gesellschaft beziehungsweise von Herrn Benko.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und weiter?

Paul Deutschmann, BA: Ich weiß jetzt nicht mehr genau Ihre Frage dazu.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Es geht mir nicht darum, ob es dort Fingerfood oder ein Buffet gab, aber es ist schon die Frage: Wenn da ein Milliardär Sie in seine Gruppe einlädt, für die Sie nicht einmal prüfungszuständig sind, außer für Teilaspekte, kommt es mir schon sehr eigenartig vor, dass dann der Prüfer dabei ist, der auch zugleich seine Privatvilla

⁶ Angenommene Einwendung der Auskunftsperson: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen. Der Klarnamen wird im gesamten Befragungsprotokoll mit M. S.2 anonymisiert.

⁷ Angenommene Einwendung der Auskunftsperson: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 58

und sein Chalet N prüft; oder, ich weiß nicht, vielleicht habe ich nur falsche Vorstellungen davon, wie die Finanzverwaltung in Österreich funktioniert.

Paul Deutschmann, BA: Das war so, dass ja unser Team für Signa-Prüfungen zuständig ist, und da hat es eben verschiedene Gesellschaften gegeben, die dann geprüft werden müssen. Also wir haben angekündigt, dass die Signa jetzt wieder sozusagen geprüft wird – Signa-Gesellschaften –, und das war sozusagen eine, ja, Auftaktveranstaltung, der Beginn der Prüfung also sozusagen, wo bekannt gegeben wird oder bekannt gegeben wurde, sozusagen abgestimmt wird – das war ja dann auch schon Thema –, dass wir zu einigen Prüfungsfällen dann Unterlagen anfordern werden, Prüfungsaufträge ausgestellt werden. Also es ist meiner Meinung nach nichts Verwerfliches.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Gut. Und Sie werden sich erinnern können: Hat René Benko Sie da zum Mittagessen eingeladen?

Paul Deutschmann, BA: Nein, es hat einen Kaffee und, glaube ich, kleine Häppchen gegeben.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich fasse das noch einmal zusammen, weil ich das schon als sehr eigenartig empfinde: dass einer der reichsten Männer Österreichs während laufender Prüfverfahren zu sich in die Firmenzentrale einlädt – ohne einen bestimmten, ganz konkreten Anlass –, und die Prüfer und Prüferinnen – und nicht die Teamleiter, auch niemand aus Wien dabei ist. Also ich finde das sehr eigenartig – während laufender Verfahren bezüglich seiner Villa, bezüglich seiner Villen, seines Privatjets, wo jetzt überall gegenteilig, negativ für ihn entschieden wurde. *(Die Verfahrensrichterin wendet sich an die Auskunftsperson.)* – Das war keine Frage.

Vorlage 4, Seite 1. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Vorsitzender-Vertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.)*

So, ich habe davor keine Zeit mehr übrig gehabt: Was ist das für ein Dokument? Wir können das nicht einordnen. Das ist scheinbar ein Schriftverkehr. Könnten Sie sagen, um was es sich dabei handelt? *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)* Und ich meine jetzt nicht inhaltlich, sondern einfach von der Systematik her: Ist das ein Aktenvermerk oder -



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 59

Paul Deutschmann, BA: Ich habe mit diesen Sachen grundsätzlich nichts zu tun. Das ist Finanzamtsangelegenheit. Also soweit mir das ersichtlich ist, ist das ein Vermerk im Elektronischen Akt oder Steuerakt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und wer ist Herr Richard Ennemoser?

Paul Deutschmann, BA: Soweit mir bekannt ist, ist Herr Ennemoser der Teamleiter des zuständigen BV-Teams, wo jetzt die Schlosshotel Igls geführt wird. (*Vorsitzender-Vertreter und Verfahrensrichterinnen beraten sich.*)

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich lese noch einmal vor, was Herr Ennemoser hier schreibt, am 12.2., kurz nach der Übersiedlung der Schlosshotel Igls GmbH von Wien nach Innsbruck: „Ich ersuche Euch im Fall [...] Schlosshotel Igls [...] bis zu einer anders lautenden Anordnung meinerseits KEINE“ – groß geschrieben – Veranlassungen „zu treffen.“

Darauf schreibt Bruno Knapp:

„Hallo Richard, hab mit Deutschmann Paul telefoniert

Wird im Zuge der BP erledigt, nichts machen“.

Könnten Sie bitte noch einmal ausführen, was dieses „nichts machen“, was die Nachricht von Bruno bedeutet?

Paul Deutschmann, BA: Also ich glaube, da geht es um die Umsatzsteuervoranmeldung 12/2023, wo eben die Umsatzsteuer aufgrund des Insolvenzverfahrens der Signa Holding berichtigt worden ist, und da würde ein Guthaben entstehen, und diese Verbuchung von dieser Umsatzsteuervoranmeldung ist noch nicht durchgeführt, die wird von uns dann oder derzeit noch geprüft, und da habe ich dazu Unterlagen angefordert.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Was hat Bruno Knapp damit zu tun? Ich habe gedacht, Innsbruck hat nichts damit zu tun.

Paul Deutschmann, BA: Der Steuerakt wird jetzt in Innsbruck geführt.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 60

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das ist aber interessant, weil Ihre Antwort auf den Kollegen Furlinger zuvor war, dass nichts nach Innsbruck gewechselt ist. (*Abg. Furlinger: Zur Geschäftsordnung!*)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Zur Geschäftsordnung, bitte schön.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Bei aller Beflissenheit: Aber der Vorhalt ist falsch.

Ich glaube, dass wir einmal aufklären sollten, was der Unterschied zwischen Finanzamt und Betriebsprüfung ist – das wird da hin und wieder munter vermixt –: Es hat sich keine Veränderung in der Zuständigkeit der Prüfung ergeben, aber er hat richtigerweise ausgeführt, dass der Akt von der Dienststelle 3 zur Dienststelle 81 verlegt worden ist. Das war ein paarmal auffällig, dass hier Betriebsprüfung mit Amt verwechselt oder vermischt wird. Insofern war die Antwort richtig: Die Prüfung ist nicht verändert worden, gleichzeitig ist aber ein anderes Finanzamt zuständig geworden. Das hat er eigentlich zwei oder drei Mal gesagt. Und ich glaube, dass man die Vorhalte daher auch richtig darstellen müsste, wenn man welche macht. (*Abg. Shetty hebt die Hand.*)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Shetty, zur Geschäftsbehandlung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) (*zur Geschäftsbehandlung*): Das von Kollegen Furlinger war jetzt nicht wirklich zur Geschäftsordnung, aber dann würde ich jetzt auch darauf replizieren: Es wurde, das kann man im Wortprotokoll dann nachlesen, von Kollegen Furlinger – ich würde sagen: durchaus auch bewusst, mit der Zielsetzung, dass am Ende die Grenzen verwischt werden – gefragt, ob sich durch die Sitzverlegung der Schlosshotel Igls GmbH im Jänner von Wien nach Innsbruck etwas in den Zuständigkeiten geändert hat. Für Nichtbeteiligte, die keine Ahnung haben, wie die Finanzverwaltung funktioniert, hat die Antwort der Auskunftsperson so gewirkt, als ob dieser Umzug nichts geändert hätte.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 61

Fakt ist aber, dass sich sehr wohl etwas geändert hat und dass beispielsweise Herr Bruno Knapp, den wir später noch befragen werden, sich ab diesem Zeitpunkt dafür zuständig gefühlt hat und diese Mail verfasst hat.

Gut. Wie lange habe ich noch? – 3 Sekunden. Dann nehme ich die Zeit mit.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Furlinger, bitte.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Ich stelle Ihnen jetzt zum Schluss ein paar Fragen. Sie werden ja mitgekriegt haben, dass der eine oder andere hier herinnen sozusagen zutiefst davon überzeugt ist, dass es quasi eine Zweiklassengesellschaft in der Finanzverwaltung geben würde und dass jene, die besonders begütert sind oder sein sollen – manche sind es ja dann nicht, wie sich später doch herausstellt –, anders behandelt werden würden.

Jetzt frage ich einmal Sie konkret: Macht das für Sie als Prüfer einen Unterschied, ob der Geprüfte Milliardär, Millionär oder nur einfacher Unternehmer ist? (*Zwischenruf des Abg. Stögmüller.*)

Paul Deutschmann, BA: Also das macht für mich keinen Unterschied. In meiner langen Prüfungserfahrung habe ich schon mit vielen Unternehmen und Abgabepflichtigen zu tun gehabt. Da mache ich keinen Unterschied, ob Millionär, Milliardär oder einfacher Unternehmer – sage ich einmal unter Anführungszeichen –, also das ist für mich - - behandle ich jeden gleich.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Ihre Erfahrung mit der Finanzverwaltung allgemein: Existiert dort irgendeine Art Liste sozusagen, wer denn besonders begütert ist? Gibt es eine Milliardärsliste beim Finanzamt, nach der vorgegangen wird?

Paul Deutschmann, BA: Also von dieser Liste ist mir nichts bekannt.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 62

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen, dass beim Finanzamt Listen geführt werden, dass Menschen besonders reich sind und irgendeine Nähe zu einer politischen Partei hätten? Macht das einen Unterschied bei der Behandlung dieser Personen durch die Prüfungen oder durch die Bescheide des Finanzamtes?

Paul Deutschmann, BA: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP): Dann darf ich von meiner Seite her feststellen, dass die Vorwürfe einer unterschiedlichen Behandlung aus meiner Sicht durch die Befragung eindeutig widerlegt sind und dass die österreichische Finanzverwaltung ganz normal und unabhängig vom Status des Geprüften funktioniert, und habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Schmidt, bitte.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Darf ich fragen, wie oft Sie abseits vom Benko-Treffen im Zusammenhang mit Abgabenprüfungen in Firmenzentralen – also von Unternehmen, die Sie geprüft haben – während laufender Verfahren eingeladen waren?

Paul Deutschmann, BA: Meinen Sie jetzt alle Verfahren oder Signa-Verfahren?

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Wie oft sind Sie normalerweise in laufenden Verfahren in das jeweilige Unternehmen gefahren, das Sie geprüft haben, und haben dort einen mehrstündigen Termin gehabt?

Paul Deutschmann, BA: Ja, das kommt öfter vor, dass man zu Firmen hinfährt, Besprechungen durchführt. Da sind meistens auch die Berater und der Abgabepflichtige vor Ort. Es kommt auch vor, ja, dass die Prüfung direkt vor Ort stattfindet beziehungsweise eine Betriebsbesichtigung stattfindet. Es ist ja des Öftern so, dass wir bei den Unternehmen vor Ort sind.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Ich frage es auch deshalb, weil die Kollegen aus Wien das letzte Mal gesagt haben, es ist absolut unüblich, dass sie sozusagen direkt mit dem Abgabenzuprühenden einen Termin ausmachen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 63

Sie haben gesagt, Herr Benko hat Ihnen die Signa Holding vorgestellt. Er spielt ja eigentlich dort keine Rolle. Haben Sie das Gefühl gehabt, dass er das in einer Rolle als Geschäftsführer vorstellt? (Abg. **Hanger**: „Haben Sie das Gefühl gehabt“!) – Haben Sie Wahrnehmungen dazu, warum Herr René Benko Ihnen die Holding vorgestellt hat, obgleich er dort unternehmensrechtlich keine Rolle spielt? (Zwischenruf des Abg. **Stögmüller**.)

Paul Deutschmann, BA: Also Wahrnehmungen: Benko war ja immer schon sozusagen in Verbindung mit Signa, also war das jetzt für mich nicht ungewöhnlich, dass Herr Benko uns da diese Signa Gruppe vorstellen wollte. Man hat ja auch bei der Vorstellung gesehen, dass er viel Detailwissen zu den einzelnen Unternehmen hat. Also die Frage, ob er jetzt Geschäftsführer ist oder nicht, das war zu dem Zeitpunkt für mich jetzt kein Thema.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Nichts ist offensichtlich ungewöhnlich.

Darf ich das Dokument 25867 aufrufen? Es geht um die Villa Ansaldi. (Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Vorsitzender-Vertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.) – Seite 99, man muss über die Schwärzungen weit drüberscrollen. (Verfahrensrichterin **Edwards**: Ich sehe keine Schwärzungen!) – Die 80 Seiten davor.

Es geht um die Villa Ansaldi in Italien. Da schreibt man in dem Bericht, dass die betriebliche Nutzung offensichtlich von irgendeiner - - Signa Holding behauptet wird und Unterlagen zum Nachweis dieser betrieblichen Nutzungen an die Außenprüfung übergeben werden. Haben Sie Wahrnehmungen zur Villa Ansaldi und zur angeblichen betrieblichen Nutzung derselben?

Paul Deutschmann, BA: Also diese Unterlage, glaube ich, stammt aus der Vorprüfung von den Wiener Kollegen. Villa Ansaldi ist mir ein Begriff. Ich bin selber mit einer Gesellschaft - - jetzt derzeit in einer Prüfung tätig, wo es um das Nebengrundstück der Villa Ansaldi geht, aber mit der Villa Ansaldi selber, mit diesem Thema bin ich nicht befasst.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Welche Wahrnehmungen haben Sie zu einem Nebengrundstück der Villa Ansaldi, die vermutlich am Gardasee liegt, oder?

Paul Deutschmann, BA: Die liegt am Gardasee.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 64

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Ich hätte gerne die Wahrnehmungen zum Nebengrundstück, also zu diesem Grundstück, mit dessen Außenprüfung Sie befasst sind.

Paul Deutschmann, BA: Ja, die Wahrnehmungen betreffen jetzt das laufende Prüfungsverfahren einer Gesellschaft, in der sich dieses Grundstück, sage ich einmal, über Umwege im Betriebsvermögen befindet. Aber dazu werden aktuell noch Ermittlungen von uns durchgeführt.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Geht es da auch um die Frage, ob eine betriebliche Nutzung vorliegt?

Paul Deutschmann, BA: Also das kann ich jetzt nicht bestätigen. Da geht es um eine andere Frage.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Dann darf ich noch einmal fragen, ob Sie Wahrnehmungen dazu haben, wer die Villa Ansaldi am Gardasee prüft.

Paul Deutschmann, BA: Ich habe nur insofern Wahrnehmungen, dass die Villa Ansaldi jetzt auch in der Folgeprüfung der Signa Holding - - - ist mir bekannt geworden -, dass das ein Thema ist.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Und die Zuständigkeit des Prüfteams wissen Sie nicht zufällig?

Paul Deutschmann, BA: Die Signa Holding wird aktuell von einem Kollegen geprüft, der ursprünglich in meinem Team gewesen ist, aber der ist in ein anderes Team gewechselt.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Der Name des Kollegen, bitte, wenn es geht.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Wieder mit dem Hinweis an die Medien, der bereits bekannt ist.

Paul Deutschmann, BA: Das ist Herr M. S.₂.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ): Danke.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 65

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Dann bitte ich Abgeordneten Ries um seine Fragen.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Herr Deutschmann, Dr. Lochmann, der Ihnen bekannt sein wird, hat hier in seiner Befragung durch Frau Verfahrensrichterin Dr. Edwards erwähnt, dass man jede Prüfung der Großbetriebsprüfung verschleppen und in die Länge ziehen kann, wenn man nur aus dem Finanzministerium ständig mit Nachfragen und Aufforderungen zu Statusberichten blockiert wird. Er hat in diesem Zusammenhang als sozusagen berüchtigt dafür den damaligen Generalsekretär Schmid und den damaligen Sektionschef Müller erwähnt – als „die Zwillinge“ hat er sie bezeichnet.

Haben Sie persönlich Wahrnehmungen beziehungsweise Erfahrungen mit solchen Nachfragen in Bezug auf die Prüfung von Signa-Konzernen beziehungsweise Teilen von Signa-Konzernen, beziehungsweise hat Herr Dr. A. W., der ja Ihr Teamleader war oder ist, wenn ich das richtig verstanden habe, davon erzählt?

Paul Deutschmann, BA: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen. Auch mein Teamleiter, soweit ich mich erinnern kann, hat da nichts erwähnt.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Sie haben also aus dem Finanzministerium nie Aufträge in Bezug auf Prüfungen von Signa-Teilkonzernen übernommen oder übernehmen müssen beziehungsweise Statusberichte, Zwischenberichte legen müssen?

Paul Deutschmann, BA: Direkt vom Ministerium habe ich überhaupt keine Anweisungen bekommen, also wenn, dann nur über meinen Teamleiter. Aber da ist mir nichts Erinnerung, dass da irgendwelche Anweisungen direkt aus Wien gekommen wären.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Dann hätte ich noch eine Nachfrage in Bezug auf das Treffen in der Maria-Theresien-Straße, das zuvor angesprochen wurde: Ist Ihnen bekannt, dass einzelne Mitarbeiter der Finanz dann Leistungen in Anspruch genommen haben, etwa Nächtigungen im Chalet N oder vergleichbare, die in Wahrheit als Geschenkkannahmen zu werten wären?

Paul Deutschmann, BA: Von diesen Geschenkkannahmen ist mir nichts bekannt.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 66

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Danke.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Tomaselli, bitte schön.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Was mich bei der Privatvilla noch interessiert – weil es eigentlich alle Luxusausgaben betrifft; das sind ja dann Betriebsausgaben, die die Signa Holding geltend macht –: Ist da auch mitgeprüft worden, ob das als Lohnbestandteil von Benko lohnversteuert worden ist?

Paul Deutschmann, BA: Dazu kann ich nichts sagen, weil ich nicht mit der Prüfung Signa Holding beauftragt bin und war. Da kann ich jetzt keine Aussage dazu treffen.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Ich möchte noch das Dokument 5355 vorlegen, bitte.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Haben wir eine Seitennummer?

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Seite 1. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Da geht es um die Firma „Graben 19 Immobilien GmbH“. Diese gehört auch zum Signa-Kosmos. Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu?

Paul Deutschmann, BA: Also wenn ich dieses E-Mail jetzt sehe, dann ist das wieder dieser Fall, den ich davor schon geschildert habe. Das sind meines Wissens eben Prüfungsfälle, die wir übernommen haben und die wir dann untereinander aufgeteilt haben. Das war Kollege H. W., der die Graben 19 geprüft hat und da, glaube ich, eine Anfrage an den Kollegen in Wien gestellt hat und mich da nur in cc informiert hat.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Im Kern geht es darum, dass bei der Verschmelzung von Gesellschaften Aufwertungsgewinne von 29 Millionen Euro angefallen sind und damit eigentlich stille Reserven in der Höhe von 18 Millionen aufgedeckt worden sind. Sind dafür Körperschaftsteuern bezahlt worden?



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 67

Paul Deutschmann, BA: Dazu kann ich jetzt nichts Konkretes sagen, weil ich eben in den Prüfungsfall nicht involviert war. Wenn es rein aus der Verschmelzung – ich kann nur allgemein antworten –, aus Verschmelzungen Aufwertungsgewinne sind, dann sind die steuerlich unbeachtlich.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Na der E-Mail-Schreiber, Herr R.⁸ - - Der E-Mail-Schreiber führt das ja genau aus, dass es, glaube ich, steuerrechtlich relevant wird, weil es „stille Reserven“ sind, die „aufgedeckt“ werden, oder?

Paul Deutschmann, BA: Ja, aber ich kann jetzt leider Gottes dazu nichts antworten, weil mir der Prüfungsfall nicht bekannt ist.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Und wieso sind Sie dann beim E-Mail drinnen?

Paul Deutschmann, BA: Weil, wie schon gesagt, wir bei der Aufteilung dieser Wiener Fälle zwar beide sozusagen auf dem Prüfungsauftrag oben stehen, vermutlich einmal – das kann ich da jetzt gar nicht behaupten –, und wir dann eben aus Kapazitätsgründen und aus Zeitgründen gesagt haben, dass jeder seine Prüfungsfälle durchführt, und eben nur bei, sage ich einmal, relevanten Sachen sozusagen in cc eine Info bekommt, dass das irgendwo weitergeleitet worden ist oder angefragt worden ist. Aber rein zu dem Prüfungsfall kann ich leider nichts sagen oder ist mir auch nichts erinnerlich.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): Wir wollen uns ja noch der Frage widmen, wie hoch denn eigentlich die Steuerzeche von Benko und der ganzen Signa-Gruppe insgesamt ist. Sie kennen auch nur einen kleinen Ausschnitt – was würden Sie schätzen: Wie hoch ist die Summe der Steuern jener Fälle – die Ihnen bekannt sind – die vakant sind? – Sagen wir einmal vakant. Wie viele Millionen sind das ungefähr? Der Finanzminister will ja dazu nichts sagen.

Paul Deutschmann, BA: Dazu möchte ich keine Aussage oder keine Schätzung abgeben, weil die sicher falsch ist.

⁸ Angenommener Einspruch der Verfahrensrichterin gem. § 20 Abs. 3 VO-UA: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 68

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Shetty, bitte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Noch ein letztes Mal zu diesem Benko-Treffen: Sie haben sich da getroffen. Das Thema war die Vorstellung der Signa-Gruppe, und da sitzt jemand, der überhaupt keine gesellschaftsrechtliche Funktion bei der Signa hat: René Benko. Hat Sie das damals nicht gewundert? (Abg. **Hanger:** Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Zur Geschäftsbehandlung, bitte schön.

Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Falscher Vorhalt, das möchte ich schon ausdrücklich festhalten. Die Auskunftsperson hat festgehalten – und das ist das Üblichste auf der ganzen Welt –: Wenn ein Prüfungsverfahren eingeleitet wird, dann gibt es natürlich in den Unternehmen auch eine Art Startbesprechung. Das wurde ausgeführt – nicht irgendwie, dass es zu einer Vorstellung der Signa-Gruppe kommt. (Zwischenruf des Abg. **Shetty.** – Abg. **Shetty** hebt die Hand.) Da sollte man also schon sehr konkret bleiben, bitte.

Dass natürlich dann in weiterer Folge auch die Gruppe vorgestellt wird, ist auch ziemlich logisch, aber ich will das schon präzise festgehalten wissen, dass das im Rahmen der Einleitung eines Prüfverfahrens war. (Abg. **Shetty** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Shetty, bitte schön.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Kollege Hanger, wenn Sie zuhören würden, dann hätten Sie bemerkt, dass die Auskunftsperson auf meine Frage, was der Betreff oder sozusagen der Titel oder Inhalt dieses Termins war, wortwörtlich gesagt hat, es ging um eine allgemeine Vorstellung der Signa-Gruppe. – Bitte korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch zitiert habe. Ich bin mir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sicher, dass das Wortprotokoll mich bestätigen wird. (Abg. **Fürlinger** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Bitte, Herr Abgeordneter Fürlinger.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 69

Abgeordneter Mag. Klaus Furlinger (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Kollege Shetty übersieht dabei eines: dass die Auskunftsperson ausdrücklich gesagt hat, es ging um die Einleitung eines Prüfverfahrens. Das war Grund dieses Treffens, das hat er ausdrücklich so ausgesagt. (Zwischenruf der Abg. **Tomaselli**.) – Dann prüft bitte das Protokoll! Jetzt ist das Treffen, glaube ich, eh nur 15 Mal abgefragt worden, und er hat einmal gesagt: Es ging um die Vorankündigung eines Prüfverfahrens, und man hat sich deshalb die Struktur erklären lassen – das ist im Protokoll drinnen –, damit man weiß, was man wo prüft. Daher sind alle Vorhalte, dass das quasi ein grundloses Treffen war, wo man sich zur Gaudi mit einem Steuerpflichtigen getroffen hat, einfach alle falsch! (Abg. **Krainer** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube, die Frage hat klar darauf abgezielt, dass Herr Benko bei der Signa keinerlei Organfunktion hatte, und die Frage war ja, ob das dem Prüfer nicht irgendwie komisch vorgekommen ist, dass da quasi jemand vorträgt, der keinerlei Funktion in der Gesellschaft hat – **keine** wie auch immer geartete. (Abg. **Hanger**: Nein, das war nicht die Frage! – Rufe bei SPÖ, Grünen und NEOS: Das war die Frage! – Abg. **Hanger**: Es geht um einen falschen Vorhalt!)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Doch! (Anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ, Grünen und NEOS.) Darf ich nur festhalten: Es wurde vorhin tatsächlich gefragt, ob man sich nicht gewundert hat, dass jemand anwesend war, der keine Organfunktion hat.

Haben Sie weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? – Bitte, Herr Abgeordneter Shetty.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) (zur Geschäftsbehandlung): Ich würde schon bitten, dass erstens die Fragestellung dem Fragesteller überlassen wird, zweitens die Beantwortung der Auskunftsperson, und dass nicht Kollege Hanger oder Kollege Furlinger die Antworten interpretieren.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 70

Der Auskunftsperson ist es natürlich überlassen oder es steht ihr frei, das richtigzustellen, wenn ich sie falsch zitiert habe – darum würde ich auch explizit bitten –, aber die Rollenverteilung sollte schon klar sein. – Sie sind ja nicht der Anwalt der Auskunftsperson.

Zweitens haben Kollege Krainer und auch der Vorsitzende recht, dass meine jetzige Frage – lassen wir einmal den anderen Teil weg– sich darauf bezogen hat, ob Sie Wahrnehmungen dazu haben, dass Sie sich damals darüber gewundert haben, dass da jemand sitzt, der an der Signa fast so unbeteiligt ist wie ich. Er hat da gesellschaftsrechtlich keine Funktion gehabt! (Abg. **Fürlinger** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Fürlinger, bitte.

Abgeordneter Mag. Klaus Fürlinger (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Zunächst einmal interpretiere ich keine Antworten, sondern ich ge- - (Zwischenruf des Abg. **Ries**.)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Ries, bitte nicht unterbrechen. (Abg. **Ries** hebt die Hand.)

Abgeordneter Mag. Klaus Fürlinger (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich interpretiere keine Antworten, sondern ich gebe Antworten wieder, und richtig ist, dass die Frage in eine andere Richtung ging, aber sie ist immer gepaart mit einem falschen Vorhalt. Daher, Herr Kollege Shetty, bei allem gebotenen Respekt: Wenn man Fragen mit falschen Vorhalten kombiniert, dann finde ich es nicht in Ordnung. Ich finde Ihre Frage, die Sie gestellt haben, in Ordnung – wenngleich ich Ihnen auch dazusagen würde: wenn ein Eigentümer seine Struktur vorstellt, muss er nicht unbedingt eine Organfunktion in einer Gesellschaft haben; das nebenbei –, aber ich interpretiere, noch einmal, **nicht** die Antworten. Ich möchte nur, dass keine falschen Vorhalte gemacht werden, weil das auch zur Ernsthaftigkeit des Untersuchungsausschusses beiträgt, wenn man präzise fragt.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Ries.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich denke, ein falscher Vorhalt lässt sich anhand des Protokolls überprüfen. Dennoch ersuche ich auch - - Kollege Hanger interpretiert da ständig hinein und sagt, das wäre das Normalste der Welt, dass man sich



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 71

trifft. Kollege Hanger hat mit solchen Verfahren genau so wenig zu tun gehabt wie Kollege Shetty oder ich (*Zwischenrufe der Abgeordneten **Krainer** und **Stögmüller**. – Abg. **Hanger** hebt die Hand*), er sagt aber, es sei das Normalste der Welt, was das Finanzamt macht. Hier wird ständig hineininterpretiert, und in Wahrheit hat die Auskunftsperson jetzt schon mehrere Vertrauenspersonen hier sitzen.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Bevor ich Herrn Abgeordneten Hanger das Wort erteile, würde ich vorschlagen, dass wir die zahlreichen Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, die mit der Geschäftsordnung nichts zu tun haben, dann auch beenden. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich muss nur die Wortmeldung des Kollegen Ries zurückweisen. Ich bin seit 20 oder 30 Jahren Geschäftsführer unterschiedlicher GesmbHs und ich habe natürlich schon Steuerverfahren erlebt. (*Zwischenruf des Abg. **Stögmüller**.*) – Prüft es, Ihr könnt es gerne prüfen! Es ist üblich, dass man sich bei Einleitung eines Steuerverfahrens mit demjenigen, der den Prüfungsauftrag bekommt, zu Beginn des Prüfungsverfahrens zusammensetzt. – Lieber Kollege Ries: nur zur Klarstellung.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Gut, dann darf ich die Auskunftsperson, die bestimmt die Frage noch in Erinnerung hat, bitten, sie zu beantworten. – Danke. (*Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

Paul Deutschmann, BA: Entschuldigung, die Frage ist mir jetzt nicht mehr erinnerlich.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer (*in Richtung Abg. Shetty*): Außerhalb der Redezeit, ohne lange Einleitung, bitte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass Sie sich damals darüber gewundert haben, dass bei dieser Besprechung jemand am Tisch sitzt, der in



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 72

der Signa in keiner Weise eine Organfunktion hat; denn das Thema war: Vorstellung der Signa Gruppe.

Paul Deutschmann, BA: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Gut. Dann wechseln wir das Thema. Ich finde, das, was wir jetzt zu diesem Treffen mit Benko gehört haben, ist eh bezeichnend und steht für sich.

Vorlage 7, Seite 1, bitte. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Herr Deutschmann, es geht um die gelb markierte Stelle. Ich führe kurz aus, worum es mir geht. Es geht hier um das Vorkaufsrecht für Chalet N. Vielleicht kurz zur Einordnung: Benko hat 2011 das Chalet N erworben, damals gab es ein Vorkaufsrecht für die Gemeinde Lech. Benko hat dann 500 000 Euro an die Gemeinde Lech – ich fasse es jetzt kurz zusammen – gegeben, und daraufhin wurde auf das Vorkaufsrecht verzichtet.

Die Staatsanwaltschaft, die WKStA, hat eine Anklage erhoben wegen strafrechtlichen Verhaltens, diese wurde dann per Weisung unterbunden, und jetzt sehen wir hier diese ganz aktuelle Mail, wo steht, dass diese 500 000 Euro nie bei der Gemeinde Lech angekommen sind.

Haben Sie Wahrnehmungen dazu, wo diese 500 000 Euro gelandet sind? *(Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen. – Die Vertrauensperson berät sich mit der Verfahrensanwalt-Stellvertreterin. – Vorsitzender-Vertreter und Verfahrensrichterin beraten sich.)*

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Wir prüfen nur, ob das im Untersuchungszeitraum ist.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich glaube – ich weiß es jetzt aus meiner Erinnerung nicht mehr ganz genau, aber ich glaube –, dass dieser Verkauf und die 500 000 Euro und der Weisungsrat und so weiter früher waren, vor dem Untersuchungszeitraum. *(Abg. Schmidt: Entschuldigung, zur Geschäftsordnung!)*



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 73

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Bitte schön.

Abgeordnete MMag. Michaela Schmidt (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Die Auskunftsperson hat ja die Muxel GmbH im Untersuchungszeitraum geprüft, und die Frage ist ja nach Wahrnehmungen in dieser Prüfung, die durchaus im Untersuchungszeitraum stattgefunden hat. (Abg. **Shetty** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Herr Abgeordneter Shetty.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) (zur Geschäftsbehandlung): Vielleicht noch ergänzend zur Klarstellung: Wie gesagt, der Prüfungszeitraum fällt natürlich voll in den Untersuchungszeitraum; und wenn jetzt nachträglich diese Mitarbeiterin der Finanzverwaltung, deren Name uns auch neu ist, hier feststellt, dass diese 500 000 Euro irgendwie verschwunden sind, aber medial und überall berichtet wurde, dass das abgelöst wurde, dann wäre es schon interessant, ob die Auskunftsperson im Untersuchungszeitraum Wahrnehmungen dazu hat. (Abg. **Tomaselli** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Frau Abgeordnete Tomaselli, bitte.

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Vielleicht zur Aufklärung, denn es ist ja unser Antrag, den wir gestellt haben: Es geht hier um geflossene Gelder, es geht um die Steuern, die dafür hätten geltend gemacht werden sollen. Steuerschuldner ist in dem Fall die Gemeinde Lech und nicht die Muxel Berggasthof Schlössle GmbH, und quasi die grundlegende These, also die Frage, die wir an die Finanz gestellt haben, war jene, ob für die Ablösung des Vorkaufsrechtes, die 500 000 Euro, seitens der Gemeinde Steuern geflossen wären.

Unserer Meinung nach ist das grunderwerbsteuerpflichtig. Das steht auch hier in dieser E-Mail, auch im Rest vom Akt – wenn man den Rest vom Akt auch liest. Hier gibt diese Frau H.⁹

⁹ Angenommener Einspruch der Verfahrensrichterin gem. § 20 Abs. 3 VO-UA: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 74

die Auskunft, dass sie im elektronischen Steuerakt dazu nichts findet, dass aber der Papierakt mittlerweile quasi irgendwo anders liegt – zur Aufklärung.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Wir haben das jetzt wirklich hin und her gewälzt, aber diese Frage kann ich so nicht zulassen.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Bitte, dann stelle ich die Frage anders: Haben Sie im Untersuchungszeitraum während Ihrer Prüfung der Muxel irgendetwas im Zusammenhang mit Geldflüssen, mit dem Vorkaufsrecht wahrgenommen?

Paul Deutschmann, BA: Also ich habe insofern eine Wahrnehmung, weil im Anlageverzeichnis (*aus den Unterlagen vorlesend*) unter dem Konto 2 000 Bebaute Grundstücke ein Betrag in Höhe von 500 000 ausgewiesen wird, mit Anschaffungsdatum 21.10.2011 und als Text: Vergleich Lech wegen Vorkaufsrecht.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Meine Damen und Herren, jetzt ist nur noch die Frage offen, ob Bedarf an einer vertraulichen Sitzung besteht. – Ich sehe keine Wortmeldungen, die eine solche Sitzung einfordern.

Die nach der Verfahrensordnung vorgesehene Befragungsdauer ist noch nicht erschöpft.

Ich frage die Frau Verfahrensrichterin, ob sie noch ergänzende Fragen an die Auskunftsperson richten will.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Nein, Herr Präsident, vielen Dank.

Vorsitzender-Vertreter Ing. Norbert Hofer: Besten Dank.



Stenographisches Protokoll

Cofag-UsA – XXVII. GP

3. April 2024/Befragung

7. Sitzung / 75

Dann erkläre ich die Befragung der Auskunftsperson **Paul Deutschmann, BA** für beendet. Ich bedanke mich für Ihr Erscheinen zu dieser für uns sehr, sehr wesentlichen Sitzung.

